

AMUNDI ETF GOVT BOND EUROMTS BROAD INVESTMENT GRADE 5-7 UCITS ETF DR

Prospekt und Verwaltungsreglement

PROSPEKT	1
Verwaltungsreglement	28
Zusätzliche Informationen für Anleger in der Bundesrepublik Deutschland	34

PROSPEKT

OGAW gemäß der europäischen Richtlinie 2009/65/EG

I. ALLGEMEINE MERKMALE

- **Bezeichnung:** AMUNDI ETF GOVT BOND EUROMTS BROAD INVESTMENT GRADE 5-7 UCITS ETF DR (der „Fonds“)
- **Rechtsform des OGAW und Mitgliedstaat:** Investmentfonds französischen Rechts (Fonds Commun de Placement, F.C.P.)
- **Auflegungsdatum und vorgesehene Dauer:** Dieser Fonds wurde von der Autorité des Marchés Financiers am 6. Mai 2009 zugelassen und am 22. Juni 2009 für eine Dauer von 99 Jahren aufgelegt.
- **Zusammenfassung des Anlageangebots:**

ISIN-Code	Verwendung der ausschüttungsfähigen Beträge	Denominationswährung	Häufigkeit der Berechnung des Nettoinventarwerts	Anfänglicher Nettoinventarwert	Anfänglicher Mindestzeichnungsbetrag	Mindestbetrag für weitere Zeichnungen	Mögliche Zeichner
FR0010754176	Thesaurierung	Euro	Täglich	162,97 Euro	<u>Primärmarkt</u> 5.000 Anteil(e) <u>Sekundärmarkt</u> 1 Anteil(e)	<u>Primärmarkt</u> 1 Anteil(e) <u>Sekundärmarkt</u> 1 Anteil(e)	Alle Zeichner

- **Angabe des Orts, an dem der letzte Jahresbericht und der letzte Periodenbericht erhältlich sind:**

Die aktuellsten Jahres- und periodischen Berichte werden dem Anteilsinhaber innerhalb von acht Bankarbeitstagen zugestellt auf schriftliche Anfrage bei:

Amundi Asset Management

Amundi ETF
90 boulevard Pasteur
CS 21564
75730 Paris Cedex 15
Tel.: 01 76 32 47 74
E-Mail: info@amundiETF.com

Weitere Informationen sind bei Amundi Asset Management und auf der Website amundiETF.com erhältlich.

Die Website der Autorité des Marchés Financiers („AMF“), amf-france.org, enthält zusätzliche Informationen über die Liste der rechtlichen Dokumente und sämtliche Bestimmungen zum Schutz der Anleger.

II. DIE BETEILIGTEN

- **Verwaltungsgesellschaft:**

Amundi Asset Management (die „Verwaltungsgesellschaft“)
Vereinfachte Aktiengesellschaft (SAS),
Von der AMF unter der Nummer GP 04000036 zugelassene Portfolioverwaltungsgesellschaft

Gesellschaftssitz: 90, Boulevard Pasteur - 75015 Paris

► **Depotbank und Liability Management:**

CACEIS Bank (die „Verwahrstelle“),
Société Anonyme,

Hauptaktivität: Kreditinstitut, zugelassen vom Comité des Etablissements de Crédits et des Entreprises d'Investissement ("CECEI") am 1. April 2005,
Firmensitz: 1-3 place Valhubert, 75013 Paris

Im Hinblick auf die aufsichtsrechtlichen und vertraglich durch die Verwaltungsgesellschaft anvertrauten Aufgaben ist es die Haupttätigkeit der Depotbank, die Vermögenswerte des OGAW zu verwahren, die Vorschriftsmäßigkeit der Entscheidungen der Verwaltungsgesellschaft zu prüfen und die Liquiditätsflüsse des OGAW zu überwachen.

Die Depotbank und die Verwaltungsgesellschaft gehören derselben Unternehmensgruppe an; daher haben sie gemäß den geltenden Vorschriften eine Richtlinie zur Erkennung und Verhinderung von Interessenkonflikten etabliert. Falls ein Interessenkonflikt nicht vermieden werden kann, ergreifen die Verwaltungsgesellschaft und die Depotbank alle erforderlichen Maßnahmen, um diesen Interessenkonflikt zu managen, zu verfolgen und anzuzeigen.

Die Beschreibung der übertragenen Verwahrungsfunktionen, die Liste der Beauftragten und Unterbeauftragten der Depotbank und die Informationen zu Interessenkonflikten, die aus diesen Übertragungen resultieren können, sind auf deren Website: caceis.com oder kostenfrei auf formlose schriftliche Anfrage verfügbar. Aktualisierte Informationen werden den Anteilhabern auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

► **Im Auftrag der Verwaltungsgesellschaft für die Annahme von Zeichnungs- und Rücknahmeanträgen zuständige Stelle:**

CACEIS Bank,
Société Anonyme,
Firmensitz: 1-3 place Valhubert, 75013 Paris
Hauptaktivität: Vom CECEI am 1. April 2005 zugelassene Bank und Finanzdienstleister

Die Depotbank ist zudem per Delegation durch die Verwaltungsgesellschaft mit der Führung der Passiva des Fonds beauftragt, was die Zusammenfassung der Zeichnungs- und Rücknahmeanträge für die Anteile des Fonds sowie die Führung des Ausgabekontos für die Anteile des Fonds umfasst.

► **Abschlussprüfer:**

PwC Sellam, vertreten durch Herrn Patrick Sellam,
Firmensitz: 63, rue de Villiers, 92200 Neuilly-sur-Seine

► **Delegierte Rechnungslegung:**

CACEIS Fund Administration,
Société Anonyme,
Firmensitz: 1-3, Place Valhubert - 75013 Paris

CACEIS Fund Administration ist die auf die administrative Verwaltung und Rechnungslegung von OGAW für gruppeninterne und externe Kunden spezialisierte Einheit der CREDIT AGRICOLE-Gruppe. Daher wurde CACEIS Fund Administration von der Verwaltungsgesellschaft mit der Bewertung und Rechnungslegung des Fonds beauftragt. CACEIS Fund Administration ist für die Bewertung des Vermögens, die Berechnung des Nettoinventarwerts des Fonds und die Erstellung der Periodenberichte verantwortlich.

► **Market-Maker:**

Am 29. Juni 2009 ist folgendes Finanzinstitut „Market Maker“:

Société Générale Corporate and Investment Banking, Tour Société Générale, 17 cours Valmy, 92987 Paris La Défense, Frankreich.

III. FUNKTIONSWEISE UND VERWALTUNG

III.1 Allgemeine Merkmale

► **Merkmale der Anteile:**

ISIN-Code: FR0010754176

- **Art des mit der Anteilskategorie verbundenen Rechts:** Jeder Anteilinhaber ist anteilig gemäß der Anzahl der von ihm gehaltenen Anteile Miteigentümer des Vermögens des Investmentfonds.
- **Eintragung in ein Register oder Angabe der Modalitäten des Liability Managements:** Das Liability Management erfolgt durch die Depotbank. Die Anteile werden bei Euroclear France, Clearstream Banking S.A. und Euroclear Bank hinterlegt.
- **Stimmrechte:** die Anteile sind nicht mit Stimmrechten verbunden, da alle Entscheidungen von der Verwaltungsgesellschaft getroffen werden. Wir erinnern Sie daran, dass die Anteilinhaber entweder persönlich oder über die Presse oder auf anderem Weg gemäß den gültigen Vorschriften über Änderungen der Funktionsweise des Fonds informiert werden.
- **Form der Anteile:** Inhaberanteile.
- **Eventuell vorgesehene Dezimalisierung (Bruchteile):** Es sind nur Zeichnungen und Rücknahmen ganzer Anteile möglich.

► **Zulassung der Anteile zur NextTrack de Euronext Paris:**

Unter Bezugnahme auf Artikel D.214-22-1 des Code Monétaire et Financier (französisches Währungs- und Finanzgesetzbuch, „CMF“), dem zufolge Aktien oder Anteile an Organismen für die gemeinsame Anlage in Wertpapieren unter der Voraussetzung zur Notierung zugelassen werden können, dass diese Organismen Vorkehrungen getroffen haben, um sicherzustellen, dass der Börsenkurs der Aktien bzw. Anteile nicht wesentlich von ihrem Nettoinventarwert abweicht, gelten für die Notierung der Anteilsklassen des Fonds folgende von Euronext Paris SA festgelegte Regeln:

- Für die Reservierung werden Schwellenwerte festgelegt, für die eine Abweichung von 1,5 % nach oben oder unten vom durch Euronext Paris SA veröffentlichten und im Laufe der Sitzung zu Informationszwecken in Abhängigkeit von der Entwicklung des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index aktualisierten indikativen Nettoinventarwerts (iNAV) des Fonds zugrunde gelegt wird (siehe Abschnitt „Indikativer Nettoinventarwert“);
- Der Handel mit den Fondsanteilen am Markt NextTrack von Euronext Paris wird in folgenden Fällen ausgesetzt:
 - Einstellung der Notierung oder Berechnung des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index vom Indexprovider;
 - Aussetzung des Marktes bzw. der Märkte, an dem bzw. denen die im FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index enthaltenen Werte notiert sind;
 - Nichtverfügbarkeit des Kurses des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y für Euronext Paris ;
 - Unmöglichkeit für Euronext Paris, den täglichen Nettoinventarwert des Fonds festzustellen bzw. den iNAV zu veröffentlichen;
 - Verstoß eines Market Makers gegen die einschlägigen Regeln der Euronext Paris;
 - Systemausfall insbesondere der elektronischen oder IT-Systeme der Euronext Paris;
 - Störung des Börsenmarktes oder Probleme an diesem, die die normale Marktführung verhindern;
 - alle sonstigen Ereignisse, die die Berechnung des iNAV des Fonds oder den Handel mit den Fondsanteilen verhindern.

Darüber hinaus müssen die Market Maker sicherstellen, dass der Börsenkurs der Fondsanteile nicht um mehr als 1,5 % nach oben bzw. unten vom indikativen Nettoinventarwert des Fonds abweicht, um die von Euronext Paris SA festgelegten Schwellenwerte für die Reservierung einzuhalten (siehe Abschnitt „Indikativer

Nettoinventarwert“).

- ▶ **Bilanzstichtag:** letzter Börsentag im Juni jedes Jahres.
- ▶ **Bilanzstichtag des ersten Geschäftsjahres:** letzter Börsentag im Juni 2010.
- ▶ **Besteuerung :**

Der Fonds ist für Lebensversicherungsverträge zugelassen. Der Fonds kann daher als Grundlage für einen auf Rechnungseinheiten lautenden Lebensversicherungsvertrag dienen.

Der OGAW als solcher wird nicht besteuert. Die Anteilhaber müssen jedoch möglicherweise Steuern entrichten, wenn der OGAW Erträge an sie ausschüttet oder wenn sie ihre Anteile veräußern. Die Besteuerung der vom OGAW ausgeschütteten Summen bzw. der latenten oder vom OGAW erzielten Wertsteigerungen bzw. -verluste hängt von den Steuerbestimmungen ab, die für die persönliche Situation eines Anlegers gelten, sowie von seinem Steuerwohnsitz und/oder dem Rechtsraum, in dem die Anlage in den OGAW erfolgt. Anleger, die sich ihrer steuerlichen Situation nicht sicher sind, sollten sich vor ihrer Anlage an einen Steuerberater oder einen Fachmann wenden, um die auf ihre persönliche Situation anwendbare Besteuerung zu bestimmen. Bestimmte vom OGAW an Anleger mit Steuerwohnsitz außerhalb Frankreichs ausgeschüttete Erträge können im entsprechenden Land einer Quellensteuer unterliegen.

US-Steuererwägungen

Das amerikanische FATCA-Gesetz (U.S. Foreign Account Tax Compliance Act) hat das Ziel, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch steuerpflichtige „US-Personen“ mit Konten im Ausland zu stärken.

Der Begriff steuerpflichtige „US-Person“ gemäß dem amerikanischen Internal Revenue Code bezeichnet eine natürliche Person, die ein Staatsbürger der USA oder in den USA ansässig ist, eine in den USA oder gemäß dem amerikanischen Bundesrecht oder dem Recht eines US-Bundesstaats gegründete Personengesellschaft oder Gesellschaft, ein Trust, wenn (i) ein Gericht in den USA rechtmäßig ermächtigt ist, Anordnungen oder Urteile in Bezug auf im Wesentlichen sämtliche Angelegenheiten bezüglich der Verwaltung des Trusts zu erlassen und wenn (ii) eine oder mehrere US-Personen alle wesentlichen Entscheidungen des Trusts oder in Bezug auf den Nachlass eines Verstorbenen beherrschen, der ein Staatsbürger der USA oder in den USA ansässig war.

Im Rahmen des FATCA ist jedes nichtamerikanische Finanzinstitut („FFI“) (Bank, Verwaltungsgesellschaft, Organismus für gemeinsame Anlagen etc.) insbesondere Pflichten zur Meldung der Guthaben und Erträge der steuerpflichtigen US-Personen unterworfen und verpflichtet, wenn erforderliche Angaben nicht gemacht werden, eine Quellensteuer in Höhe von 30 Prozent von (i) bestimmten Erträgen aus amerikanischer Quelle (einschließlich neben anderen Ertragsarten von Dividenden und Zinsen), (ii) vom Bruttoverkaufs- oder veräußerungserlös von Guthaben aus US-Quellen und (iii) von Erträgen aus Nicht-US-Quellen abzuziehen, die im Rahmen des „Foreign Passthru Payments“-Regimes als Erträge aus US-Quelle behandelt werden.

Das zwischenstaatliche Abkommen („IGA“) zwischen Frankreich und den USA sieht einen automatischen Informationsaustausch zwischen den französischen und amerikanischen Steuerbehörden vor, so dass die FATCA-konformen französischen FFI in bestimmten Fällen die Quellensteuer von 30% nicht erheben müssen.

Der Fonds hat beschlossen, die im französischen IGA vorgesehenen FATCA-Verpflichtungen für „Meldefinanzinstitute“ einzuhalten und wurde bei der amerikanischen Steuerverwaltung entsprechend eingetragen.

Daher werden die Anleger darauf hingewiesen und sie erklären sich mit ihrer Anlage in den Fonds oder mit dem Beibehalten ihrer Anlage im Fonds mit Folgendem einverstanden:

- (i) Die Verwaltungsgesellschaft und der Fonds haben den Status von „französischen Meldefinanzinstituten“ und wurden bei der amerikanischen Steuerverwaltung eingetragen. Die Verwaltungsgesellschaft wurde zunächst als „Sponsoring Entity“ eingetragen und handelt für den Fonds, der somit für die Zwecke des FATCA gesponsert wird;
- (ii) Zur Einhaltung dieser Steuerbestimmungen schreibt der FATCA-Status des Fonds vor, dass dieser während der gesamten Haltefrist der Anlagen im Fonds zusätzliche Identifikationsangaben von den Anlegern in Bezug auf ihren FATCA-Status einholt. Alle Anleger sind verpflichtet, ihren FATCA-Status vor jeder Anlage in den Fonds zu bestätigen (gegenüber ihrem Finanzvermittler, der Verwaltungsgesellschaft, allen Beauftragten oder Vertriebsstellen), insbesondere mithilfe der Formulare W8, W9 oder entsprechender aktueller Formulare, und FFI sind verpflichtet, ihre GIIN-Nummer anzugeben. Falls sich die Umstände auf eine Weise ändern, die sich auf den deklarierten FATCA-Status auswirkt, müssen die Anleger ihren Finanzvermittler, den Fonds, ihren Beauftragten oder ihre Vertriebsstelle umgehend schriftlich mithilfe aktualisierter Formulare darüber informieren;
- (iii) Im Rahmen ihrer Meldepflichten sind die Verwaltungsgesellschaft und/oder der Fonds verpflichtet, bestimmte vertrauliche Informationen (einschließlich unter anderem des Namens, der Adresse, der Steuerkennnummer des Anlegers und in bestimmten Fällen bestimmter Angaben zur Anlage in den Fonds), ihre Bestätigung, die GIIN-Nummer oder alle sonstigen von den Anlegern erhaltenen Unterlagen (oder die sich auf diese beziehen) weiterzugeben, und sie tauschen diese Informationen automatisch mit den französischen Steuerbehörden und allen sonstigen zuständigen Behörden aus, um den FATCA, das IGA oder alle sonstigen maßgeblichen Rechtsvorschriften einzuhalten;
- (iv) Anleger, die ihren FATCA-Status nicht angemessen belegt haben oder die ihren FATCA-Status nicht innerhalb der erforderlichen Fristen melden oder die die erforderlichen Angaben nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen machen, können als „zögerlich“ eingestuft und von ihrem Finanzvermittler, von der Verwaltungsgesellschaft und/oder vom Fonds den zuständigen Steuer- oder Regierungsbehörden gemeldet werden;
- (v) um die möglichen Auswirkungen des „Foreign Passthru Payment“-Mechanismus zu vermeiden, die ab dem 1. Januar 2017 greifen können, behalten sich der Fonds, die Verwaltungsgesellschaft oder ihr Beauftragter das Recht vor, ab diesem Datum jedem nicht teilnehmenden Finanzinstitut (d. h. jedem nicht FATCA-konformen Finanzinstitut) jegliche Zeichnung des Fonds zu untersagen, insbesondere wenn dies durch den Schutz des allgemeinen Interesses der Anleger des Fonds gerechtfertigt ist. Trotz sämtlicher Bemühungen zur Einhaltung der FATCA-Verpflichtungen und zur Vermeidung jeglicher Quellensteuer kann nicht garantiert werden, dass diese Steuer nicht erhoben wird, und die Folgen einer Anlage in den Fonds durch ein nicht FATCA-konformes Finanzinstitut können nicht garantiert werden. Falls der Fonds der Quellenbesteuerung unterworfen wird, können die Ergebnisse des Fonds davon beeinträchtigt werden. Der Betrag der Quellensteuer kann von jeder Rücknahme oder Zahlung an einen Anleger abgezogen werden, der dem Fonds die geforderten Angaben nicht macht oder der nicht FATCA-konform ist.

Die vorliegenden Bestimmungen stellen keine vollständige Analyse aller steuerlichen Regeln und Erwägungen und keinen steuerlichen Rat dar und sie dürfen nicht als vollständige Liste aller möglichen mit der Zeichnung oder dem Halten von Anteilen oder Aktien des Fonds verbundenen Steuerrisiken angesehen werden. Alle Anleger sollten ihre üblichen Berater zur Besteuerung und zu den möglichen Folgen der Zeichnung, des Haltens oder der Rücknahme von Anteilen oder Aktien nach dem eventuell für die Anleger geltenden Recht und insbesondere gemäß dem Melde- oder Quellenbesteuerungsregime im Rahmen des FATCA in Bezug auf ihre Anlagen in den Fonds konsultieren.

III.2 Besondere Bestimmungen

► Klassifizierung:

Auf Euro lautende Anleihen und andere Schuldverschreibungen.
Der Fonds ist ein Index-Fonds.

► Anlageziel:

Das Verwaltungsziel des Fonds besteht darin, die Wertentwicklung des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y so getreu wie möglich nachzubilden (siehe Abschnitt „Referenzindex“), unabhängig davon, ob diese positiv oder negativ ist.

Das Anlageziel des Fonds besteht darin, eine möglichst geringe Abweichung zwischen dem Nettoinventarwert des Fonds und demjenigen des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index (nachstehend „der FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index“) zu erhalten. Der angestrebte maximale Tracking-Error zwischen der Entwicklung des Nettoinventarwerts des Fonds und derjenigen des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index beträgt 2%.

Sollte der Tracking-Error dennoch 2% übersteigen, wäre das Ziel, trotz allem unter 15% der Volatilität des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index zu bleiben.

► Referenzindex:

Der Referenzindex des Fonds ist der Strategieindex FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index, vom Typ Total Return (d.h. Wiederanlage der Kupons der im Index geführten Aktien), in Euro.

Bei dem FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index handelt es sich um einen „Anleihenindex“, der vom internationalen Indexprovider FTSE International Limited („FTSE MTS“) berechnet und veröffentlicht wird.

Die im FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index geführten Anleihen zählen zu den von den Regierungen der Mitgliedstaaten der Eurozone emittierten Wertpapieren mit Laufzeiten zwischen fünf und sieben Jahren und mindestens zwei Ratings der Kategorie Investment Grade von den Rating-Agenturen S&P, Moody's und Fitch, d.h. mindestens BBB- von S&P und Fitch oder Baa3 von Moody's.

Für die Anleihen des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index gelten folgende Auswahlkriterien:

- Nennwert und Kupons müssen auf Euro lauten, ohne Option und Konvertierbarkeit;
- Notierung auf der MTS-Plattform;
- Emission durch eine Regierung eines Landes der Eurozone: Deutschland, Österreich, Belgien, Spanien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande und Portugal;
- Mindestens zwei Ratings in der Kategorie Investment Grade von den Rating-Agenturen S&P, Moody's und Fitch;
- Emission in Mindesthöhe von 2 Mrd. Euro.

Bei der Plattform MTS handelt es sich um eine europaweite, elektronische Plattform für die Notierung und den Handel von auf Euro lautenden Anleihen. Die FTSE MTS-Indizes greifen auf Preise in Echtzeit zurück, die umgehend am Markt gehandelt werden können und von der MTS-Plattform stammen.

Die FTSE MTS-Methode und ihre Berechnungsweise gehen davon aus, dass der Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y eine feste Anzahl an Unternehmen umfasst. Am 20.08.2019* umfasste der Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y 142 Wertpapiere.

* *Quelle FTSE MTS*

Die vollständige Methode, die dem Aufbau des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y zugrunde liegt, ist auf der Website von FTSE MTS verfügbar: www.ftserussell.com.

Die verfolgte Wertentwicklung ist diejenige des Fixing um 17:15 Uhr (Ortszeit Paris) des Index FTSE MTS

Eurozone Government Broad IG 5-7Y.

- **Veröffentlichung des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y**

Für den Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y erfolgen innerhalb eines Tages drei offizielle Berechnungen und Fixings: 11:00 Uhr, 16:00 Uhr und 17:15 Uhr (Ortszeit Paris).

EuroMTS legt für jede dieser Notierungen bzw. jedes dieser Fixings des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y - FTSE MTS die offiziellen Fixings der im Index geführten Wertpapiere zugrunde.

Der Fonds verwendet das Fixing um 17:15 Uhr (Ortszeit Paris) des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y.

Das Fixing von 17:15 Uhr (Pariser Zeit) des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index ist auf der Website von FTSE MTS verfügbar: www.ftserussell.com.

Der Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y wird darüber hinaus an jedem Börsengeschäftstag berechnet.

Der Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y ist über Reuters und Bloomberg verfügbar.

Bei Reuters: EMIGC5=

Bei Bloomberg: EMIGC5

- **Überprüfung des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y**

Die Zusammensetzung des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y wird monatlich überprüft.

Die Regeln für die Überprüfung des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index werden von FTSE MTS festgelegt und sind auf der Website von FTSE MTS verfügbar: www.ftserussell.com.

Referenzindex für das Anlageziel des Fonds:

Der Administrator des Referenzindex, FTSE International Limited, ist in das von der ESMA geführte Register der Administratoren und Benchmarks eingetragen.

Ergänzende Informationen zum Referenzindex sind auf der Website des Administrators des Referenzindex erhältlich: <http://www.ftserussell.com/>

Gemäß der Verordnung (EU) 2016/1011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 08. Juni 2016 verfügt die Verwaltungsgesellschaft über ein Verfahren zur Überwachung der verwendeten Referenzindizes, in dem die Maßnahmen beschrieben sind, die bei wesentlichen Änderungen eines Index oder bei Aussetzung des Index durchzuführen sind.

► **Anlagestrategie:**

Der Fonds wird nach Index verwaltet.

1. Angewandte Strategie:

Der Fonds ist Gegenstand eines „passiven“ Managements, das auf eine Nachbildung der Wertentwicklung des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y abzielt. Hierzu wird eine Methode zur direkten Nachbildung des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y genutzt, die darin besteht, in die Finanzwerte, die in den Index aufgenommen werden, in Proportionen zu investieren, die jenen des Index extrem nahekommen.

Die Verwaltungsgesellschaft kann die Anwendung der sogenannten „Stichproben“-Technik beschließen, die darin besteht, in eine Auswahl repräsentativer Titel aus dem Index (und nicht in alle Titel) zu investieren, und zwar in anderen Proportionen als im Index oder sogar in Titel, die keine Indexkomponenten sind.

Geografisches Gebiet der Emittenten der Indexkomponenten	Folgende Länder der Eurozone: Deutschland, Österreich, Belgien, Spanien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande und Portugal.
Schwankungsbreite der Sensitivität gegenüber den Zinssätzen des Index	Zwischen 4 und 7
Bereich der Kreditspread-Sensitivität	Nicht zutreffend
Basiswährung der Indexkomponenten	Euro (EUR)
Zulässiges Wechselkursrisiko	Entfällt

Der Fonds hält sich an die von den Artikeln R214-21, R214-22 und R214-23 des CMF vorgegebenen Anlagerichtlinien.

Das Fondsvermögen, das sich aus den unmittelbar gehaltenen und im Abschnitt „Verwendete Anlagen“ beschriebenen Vermögenswerten zusammensetzt, hält sich an die Bestimmungen von Artikel R 214-21 des CMF.

Das Engagement des Fonds gegenüber dem Index kann von den in Artikel R.214-22 des CMF genannten Abschlägen für Index-OGAW profitieren. Dieser Artikel sieht vor, dass sich der Index zu bis zu 20% aus Aktien oder Schuldtiteln desselben Emittenten zusammensetzen kann, wobei diese Obergrenze für einen einzigen Emittenten auf 35% erhöht werden kann, wenn dies aufgrund von außergewöhnlichen Marktbedingungen insbesondere auf geregelten Märkten, auf denen bestimmte Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente weitgehend dominieren, gerechtfertigt ist.

Gemäß Artikel R214-23 CMF (Code Monétaire et Financier – französisches Währungs- und Finanzgesetzbuch) kann der Fonds abweichend von Artikel R. 214-21 CMF nach dem Grundsatz der Risikostreuung bis zu 100 % seines Vermögens in verschiedene in Artikel R. 214-21 Absatz IV Satz 1 genannte zulässige Finanzwerte und Geldmarktinstrumente investieren.

Diese zulässigen Finanzwerte und Geldmarktinstrumente gehören zu mindestens sechs verschiedenen Emissionen, wobei die Titel, die zu derselben Emission gehören, 30 % des Gesamtbetrags des Fondsvermögens nicht übersteigen dürfen.

2. Verwendete Aktiva (ohne eingebettete Derivate):

- Wertpapiere:

Der Fonds verfügt ständig über ein Engagement auf einem oder mehreren Zinsmärkten der Eurozone.

Die Titel, die das Fondsvermögen bilden, sind hauptsächlich Komponenten des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y Index.

Um sein Anlageziel zu erreichen und/oder zwischenzeitliche Kapitalflüsse zu verwalten, kann der Fonds Anleihen und Schuldtitel sowie auf Euro lautende Geldmarktinstrumente halten:

- Zinsinstrumente: Der Fonds kann Finanzinstrumente vom Typ Geldmarktinstrumente und/oder Anleihen aller Art aus der Eurozone halten.

Die ausgewählten Emittenten können sowohl aus dem privaten als auch aus dem öffentlichen Sektor stammen (Staaten, Gebietskörperschaften usw.), wobei Anleihen des privaten Sektors bis zu 100 % der Schuldinstrumente ausmachen können.

Die Sensitivität des Fonds gegenüber dem Zinssatz liegt zwischen 4 und 7.

- Schuldtitel und auf Euro lautende Geldmarktinstrumente: Die Verwaltung der liquiden Mittel kann über Geldmarktinstrumente erfolgen.

Die Titel im Portfolio werden im Ermessen der Verwaltung und unter Einhaltung der internen Kreditrisikomanagementpolitik der Verwaltungsgesellschaft ausgewählt.

Bei der Auswahl der Wertpapiere stützt sich die Verwaltung weder ausschließlich noch mechanisch auf die Ratings der Ratingagenturen, sondern sie basiert ihre Kauf- und Verkaufsentscheidungen in Bezug auf ein Wertpapier auf ihre eigenen Kredit- und Marktanalysen. Zur Information: Die Verwaltung kann insbesondere Wertpapiere verwenden, die Ratings von mindestens AA von S&P und Moody's haben.

Die ausgewählten Emittenten können sowohl aus dem privaten als auch aus dem öffentlichen Sektor stammen (Staaten, Gebietskörperschaften), wobei Anleihen des privaten Sektors bis zu 100 % der Schuldinstrumente ausmachen können. Die durchschnittliche Duration dieser Instrumente muss unter 10 Jahren liegen.

- Anteile oder Aktien von OGAW:

Der Fonds kann bis zu 10% seines Vermögens in Anteilen und/oder Aktien von OGAW halten. Diese OGAW beziehen sich auf alle Anlageklassen, unter Einhaltung der Beschränkungen des Fonds.

Die OGAW können von der Verwaltungsgesellschaft oder von anderen Unternehmen verwaltet werden, die dem Konzern der Crédit Agricole SA angehören können, einschließlich von verbundenen Unternehmen.

3. Derivative Instrumente:

Angaben zu den Kontrahenten der im Freihandel gehandelten Derivate:

Die Auswahl der Kontrahenten erfolgt gemäß dem bei Amundi geltenden Verfahren und basiert auf dem Grundsatz der Auswahl der besten auf dem Markt verfügbaren Kontrahenten.

Dies schlägt sich insbesondere in folgenden Aspekten nieder:

- einer doppelten Bestätigung der Kontrahenten durch den Leiter von Amundi Intermédiation und durch den Kreditausschuss von Amundi Asset Management nach Prüfung ihrer finanziellen und betrieblichen Profile (Art der Geschäftstätigkeit, Governance, Ruf etc.) durch ein von den Managementteams unabhängiges Kreditanalytenteam.
- einer eingeschränkten Anzahl von Finanzinstituten, mit denen der OGAW Geschäfte tätigt.

Der Einsatz von bedingten oder unbedingten Futures ist aufgrund ihres Vorteils in Bezug auf ihre Liquidität und/oder ihre Kosten-Nutzen-Relation ein wesentlicher Bestandteil des Anlageverfahrens.

Sie können zur Absicherung des Wechselkursrisiko bei erheblichen Mittelflüssen aufgrund von Zeichnungen/Rücknahmen oder unter außergewöhnlichen Umständen wie Marktschwankungen schnell anstelle der eigentlichen Wertpapiere eingesetzt werden.

Der Fonds kann auf die folgenden derivativen Instrumente zurückgreifen:

- Typ der Märkte:
 - Geregelt Märkte
 - Organisierte Märkte
 - Freihandelsmärkte

- Risiken:
 - Aktien
 - Zinsen
 - Währung
 - Kredit
 - Andere Risiken

- Interventionen zur Erreichung des Anlageziels, sämtliche Operationen beschränken sich auf die Erreichung des Anlageziels:
 - Deckung
 - Engagement
 - Arbitrage
 - Andere Form

- Typ der eingesetzten Finanzinstrumente:
 - Termingeschäfte: auf Anleihen und Indizes
 - Optionsgeschäfte: auf Anleihen und Indizes
 - Swap („Total Return Swap“): auf Anleihen und Indizes.
 Der Fonds kann Swapkontrakte mit zwei Kombinationen aus folgenden Cashflow-Arten abschließen:
 - fester Zinssatz
 - variabler Zinssatz (indexiert auf Eonia, Euribor oder jede andere Marktreferenz)
 - an eine oder mehrere Währungen, Aktien, Börsenindizes oder kotierte Titel, OGA oder Investmentfonds gebundene Wertentwicklung
 - Dividenden (netto oder brutto)
 - Devisentermingeschäfte
 - Kreditderivate: Credit Default Swaps
 - Andere Form

- Anlagestrategie zur Erreichung des Anlageziels:
 - Nachbildung eines synthetischen Engagements in einem Wertpapier, einem Aktivitätssektor und/oder im Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y durch den Einsatz von Total Return Swaps.
 - Verwaltung der intermediären Kapitalflüsse (Dividenden, Zeichnungen/Rücknahmen usw.), um das gewünschte Engagement für ein Wertpapier, einen Aktivitätssektor und/oder den Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y durch den Einsatz von Terminkontrakten zu erreichen.
 - Verwaltung der intermediären Kapitalflüsse (Dividenden, Zeichnungen/Rücknahmen usw.), um das gewünschte Engagement für ein Wertpapier, einen Aktivitätssektor und/oder den Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y durch den Einsatz von Optionen zu erreichen.

Diese Instrumente können bis zu 100% des Nettovermögens des Fonds abdecken.

Als Anhaltswert stellen Total Return Swaps zum Zeitpunkt der Auflegung des Fonds etwa 0 % und während seiner Laufzeit maximal 0 % des Nettovermögens dar.

Der Fonds lässt keine Hebelung seines Vermögens zu: Die Summe der Anlagen des Fonds in Derivaten und eingebetteten Derivaten ist auf 100% des Nettovermögens des Fonds beschränkt.

4. Titel mit eingebetteten Derivaten: keine

5. Einlagen und Liquiditäten:

Der Fonds kann bis zu 20% seines Nettovermögens in Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu zwölf Monaten

investieren. Diese Einlagen tragen zur Verfolgung des Anlageziels des Fonds bei, indem sie es ihm ermöglichen, seine Liquidität zu verwalten.

6. Aufnahme von Barkrediten:

Der Fonds darf ausnahmsweise und vorübergehend Kredite in Höhe von bis zu 10% seines Nettovermögens aufnehmen, um seine Liquiditätslage zu optimieren.

7. Vorübergehender Kauf und Verkauf von Wertpapieren:

Zur Erzielung einer zusätzlichen Rendite kann der Fonds vorübergehende Wertpapierverkäufe nutzen.

- Anlagen:
 - Pensions- und umgekehrte Pensionsgeschäfte in Übereinstimmung mit dem frz. Währungs- und Finanzgesetz
 - Wertpapierleihe in Übereinstimmung mit dem frz. Währungs- und Finanzgesetz
 - Andere Form

Zur Orientierung: Vorübergehende Käufe und Verkäufe von Wertpapieren können durchschnittlich 10 % des Nettovermögens pro Jahr ausmachen, und maximal 45 %.

Diese Transaktionen verursachen Kosten, die vom Fonds getragen werden.

- Vergütung: siehe Absatz Gebühren und Kosten

► Informationen zu Finanzgarantien (vorübergehender Kauf und Verkauf von Wertpapieren) und Total Return Swaps (TRS):

Art der finanziellen Garantien:

Im Rahmen der vorübergehenden An- und Verkäufe von Wertpapieren und der außerbörslichen Derivate kann der Fonds Wertpapiere und Barmittel als Sicherheiten erhalten.

Auf die erhaltenen Sicherheiten können Abschläge angewendet werden; diese berücksichtigen insbesondere die Art, die Laufzeit, die Kreditqualität und die Währung sowie die Volatilität der Preise der Wertpapiere und das Ergebnis der durchgeführten Krisensimulationen.

Die erhaltenen Sicherheiten müssen von der Verwaltungsgesellschaft festgelegten Kriterien entsprechen. Sie müssen die folgenden Merkmale aufweisen:

- liquide,
- jederzeit veräußerbar,
- diversifiziert unter Einhaltung der Regeln des OGAW in Bezug auf Zulässigkeit, Engagement und Diversifizierung,
- von einem Emittenten begeben, der nicht dem Kontrahenten oder seinem Konzern angehört.

Anleihen stammen darüber hinaus von Emittenten aus der OECD mit einem Mindestrating von AAA bis BBB- von Standard & Poor's oder mit einem Rating, das von der Verwaltungsgesellschaft für gleichwertig erachtet wird. Anleihen dürfen eine maximale Laufzeit von 50 Jahren haben.

Die vorstehend beschriebenen Kriterien sind in einer Risikorichtlinie dargelegt, die auf der Website der Verwaltungsgesellschaft www.amundi.com eingesehen werden kann, und diese können sich insbesondere im Falle außergewöhnlicher Marktbedingungen ändern.

Auf die erhaltenen Sicherheiten können Abschläge angewendet werden; diese berücksichtigen die

Kreditqualität, die Volatilität der Preise der Wertpapiere sowie das Ergebnis der durchgeführten Krisensimulationen.

Wiederverwendung von erhaltenen Barsicherheiten: Die erhaltenen Barsicherheiten können gemäß der Risikopolitik der Verwaltungsgesellschaft in Einlagen, in Staatsanleihen, in Pensionsgeschäfte oder in kurzfristige Geldmarkt-OGAW reinvestiert werden.

Wiederverwendung von als Sicherheit erhaltenen Wertpapieren:

Nicht zulässig: Als Sicherheiten erhaltene Wertpapiere dürfen nicht verkauft, reinvestiert oder als Sicherheiten hinterlegt werden.

► **Risikoprofil:**

Ihr Geld wird hauptsächlich in Finanzinstrumenten angelegt, die von der Verwaltungsgesellschaft ausgewählt werden. Diese Instrumente unterliegen der Entwicklung und den Unwägbarkeiten der Märkte.

Der Anleger wird darauf hingewiesen, dass sein ursprünglich investiertes Kapital durch keinerlei Garantie geschützt wird.

Aktien- und Devisenengagements sind nicht zulässig.

Durch die Anlagen des Fonds ist der Anteilinhaber insbesondere den folgenden Risiken ausgesetzt:

- Kapitalverlustrisiko:

Der Anleger wird davor gewarnt, dass er Kapitalverluste in nicht messbarer Höhe erleiden kann, da die Anlagen den normalen Marktschwankungen sowie den Risiken unterliegen, die mit jeder Anlage in Wertpapiere verbunden sind. Das ursprünglich investierte Kapital wird durch keinerlei Garantie geschützt. Eine derartige Anlage sollte nur von Personen getätigt werden, die einen Verlust ihrer Anlage in Kauf nehmen können.

- Faktoren, die sich auf die Fähigkeit des Fonds zur Nachbildung der Wertentwicklung des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index auswirken können:

Die Fähigkeit des Fonds zur Nachbildung der Wertentwicklung des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index kann insbesondere von den folgenden Faktoren beeinflusst werden:

- die Neugewichtungen des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y, der vom Fonds nachgebildet wird, können insbesondere Transaktions- und/oder Reibungskosten zur Folge haben;
- das Bestehen von Marktabgaben;
- und/oder aufgrund von geringfügigen Bewertungsabweichungen, die nicht zu einer Aussetzung der Berechnung der Nettoinventarwerts des Fonds führen. Diese Abweichungen können darauf zurückzuführen sein, dass bestimmte Wertpapiere, die im Index Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y geführt werden, vorübergehend nicht verfügbar sind oder dass außergewöhnliche Umstände eintreten, die Verzerrungen in den Gewichtungen des Index Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y zur Folge haben, insbesondere bei Aussetzung oder vorübergehender Unterbrechung der Notierung der im Index Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y geführten Wertpapiere.

- Zinsrisiko:

Es handelt sich um das Risiko, dass der Kurs von Zinsinstrumenten aufgrund von Veränderungen der Zinssätze schwankt. Das Zinsrisiko wird durch die Berechnung der Sensibilität gemessen. Bei steigenden (positive Sensibilität) oder sinkenden (negative Sensibilität) Zinssätzen kann der Nettoinventarwert stark schwanken.

- Kreditrisiko:

Es handelt sich um das Risiko, dass die Kreditqualität eines Emittenten zurückgeht oder dieser zahlungsunfähig wird. Je nach den vom Fonds durchgeführten Transaktionen kann der Rückgang (beim Kauf) bzw. der Anstieg (beim Verkauf) des Wertes der Schuldtitel, in denen der Fonds engagiert ist, einen Rückgang des Nettoinventarwerts bewirken.

- Kontrahentenrisiko:

Der Fonds setzt vorübergehende Käufe und Verkäufe von Wertpapieren und/oder außerbörsliche Derivate einschließlich Total Return Swaps ein. Diese Transaktionen mit einem Kontrahenten setzen den Fonds einem Ausfallrisiko und/oder einem Risiko der Nichterfüllung des Swaps durch diesen aus, das sich erheblich auf den Nettoinventarwert des Fonds auswirken kann. Dieses Risiko könnte gegebenenfalls nicht durch die erhaltenen Sicherheiten gedeckt werden.

Liquiditätsrisiko in Verbindung mit vorübergehenden Käufen und Verkäufen von Wertpapieren und/oder Total Return Swaps (TRS):

Bei einem Ausfall eines an vorübergehenden Käufen und Verkäufen von Wertpapieren und/oder Total Return Swaps beteiligten Kontrahenten kann es für den Fonds vorübergehend schwierig oder unmöglich sein, mit bestimmten Wertpapieren zu handeln, in die der Fonds investiert oder die er als Sicherheiten erhält.

Rechtliches Risiko:

Die Nutzung von vorübergehenden Käufen und Verkäufen von Wertpapieren und/oder Total Return Swaps (TRS) kann zu einem rechtlichen Risiko führen, insbesondere im Hinblick auf die Swaps.

- Liquiditätsrisiko an einem Handelsplatz:

Der Börsenkurs des Fonds kann sich von seinem indikativen Nettoinventarwert entfernen. Die Liquidität der Anteile des Fonds an einem Handelsplatz kann durch eine Aussetzung beeinträchtigt werden, die unter anderem insbesondere auf folgende Faktoren zurückzuführen sein können:

- i) eine Aussetzung oder Einstellung der Berechnung des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index durch den Indexanbieter;
- ii) eine Aussetzung des bzw. der dem Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index zugrundeliegenden Marktes bzw. Märkte;
- iii) das Unvermögen eines bestimmten Handelsplatzes, den indikativen Nettoinventarwert des Fonds zu beziehen oder zu berechnen;
- iv) einen Verstoß eines Market Makers gegen die an einem bestimmten Handelsplatz geltenden Regeln;
- v) einen Ausfall insbesondere der Informationssysteme oder der elektronischen Systeme eines bestimmten Handelsplatzes;
- vi) alle sonstigen Ereignisse, die die Berechnung des indikativen Nettoinventarwerts des Fonds oder den Handel mit den Fondsanteilen verhindern.

► **Garantie oder Anlageschutz:** Entfällt

► **In Frage kommende Zeichner und Profil des typischen Anlegers:**

• In Frage kommende Zeichner:

Alle Zeichner

• Profil des typischen Anlegers:

Dieser Fonds wendet sich an Anleger, die einen mittelfristigen Wertzuwachs ihres Kapitals anstreben und ein entgegengesetztes Engagement in den Märkten für von Regierungen der Mitgliedsstaaten der Euro-Zone emittierte Anleihen mit einer Laufzeit zwischen 5 und 7 Jahren suchen, ohne jedoch auf kurzfristige Arbitragemöglichkeiten verzichten zu wollen. Der Fonds wird ständig an einer oder mehreren Börsen notiert, und seine Anteile sind an der Börse ständig wie einfache Aktien handelbar. Er verbindet somit die Vorteile eines börsennotierten Wertpapiers mit denjenigen eines OGAW.

Der angemessene Betrag für eine Anlage in diesen Fonds hängt von der persönlichen Situation jedes einzelnen Anlegers ab. Bei seiner Ermittlung muss der Anleger sein persönliches Vermögen, seinen derzeitigen Mittelbedarf und die empfohlene Anlagedauer berücksichtigen, aber auch seine Risikobereitschaft bzw. seinen Vorzug für eine sichere Anlage. Anlegern wird darüber hinaus empfohlen, ihre Anlagen ausreichend zu diversifizieren, um nicht ausschließlich den mit diesem Fonds verbundenen Risiken ausgesetzt zu sein.

Jeder Anleger wird daher gebeten, seine persönliche Situation mit seinem üblichen Vermögensberater zu

erörtern.

Die Anteile dieses FCP dürfen nicht direkt oder indirekt in den USA (einschließlich der Territorien und Besitztümer der USA) oder zugunsten von „US-Personen“ im Sinne der amerikanischen „Regulation S“ der Securities and Exchange Commission („SEC“) angeboten oder verkauft werden.

Der Begriff „US-Person“ umfasst:

- (a) alle in den USA ansässigen natürlichen Personen;
- (b) alle nach amerikanischem Recht organisierten oder eingetragenen Körperschaften oder Gesellschaften;
- (c) alle Erbmassen (oder „Trusts“) deren Vollstrecker oder Verwalter US-Personen sind;
- (d) alle Treuhandvermögen, bei denen ein Treuhänder eine „US-Person“ ist;
- (e) alle Vertretungen oder Niederlassungen einer nichtamerikanischen Körperschaft in den USA;
- (f) alle von einem Finanzvermittler oder einem sonstigen ermächtigten Vertreter, der in den USA konstituiert oder (bei natürlichen Personen) ansässig ist, nicht mit Ermessensfreiheit verwalteten Konten (mit Ausnahme von Erbmassen oder Treuhandvermögen);
- (g) alle von einem Finanzvermittler oder einem sonstigen ermächtigten Vertreter, der in den USA konstituiert oder (bei natürlichen Personen) ansässig ist, mit Ermessensfreiheit verwalteten Konten (mit Ausnahme von Erbmassen oder Treuhandvermögen); und
- (h) alle Körperschaften oder Gesellschaften, sofern diese
 - (i) nach dem Recht eines anderen Landes als den USA organisiert oder konstituiert sind und
 - (ii) von einer US-Person in erster Linie zur Anlage in nicht gemäß dem U.S. Securities Act von 1933 in seiner jeweils aktuellen Fassung zugelassene Wertpapiere gegründet wurden, sofern diese nicht von „zulässigen Anlegern“ (im Sinne von „Rule 501(a)“ des Gesetzes von 1933 in seiner aktuellen Fassung) mit Ausnahme von natürlichen Personen, Erbmassen oder Trusts organisiert oder eingetragen und gehalten werden.

► **Empfohlene Mindestanlagedauer:**

Die empfohlene Mindestanlagedauer beträgt 3 Jahre.

► **Modalitäten der Feststellung und Verwendung der ausschüttungsfähigen Beträge:**

Thesaurierung

► **Rechnungswährung:** Euro

► **Merkmale der Anteile:**

- **Denominationswährung der Anteile:** Euro
- **Anfänglicher Nettoinventarwert:**

162,97 Euro je Fondsanteil.

Der anfängliche Nettoinventarwert entspricht dem Fixing des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index von 11:00 Uhr (Pariser Zeit) am 22. Juni 2009.

► **Zeichnungs- und Rücknahmebedingungen:**

Wie erwähnt erfolgt die Aktivität des Fonds an einem sog. „**Primärmarkt**“ und einem „**Sekundärmarkt**“.

Personen, die Anteile erwerben oder zeichnen wollen, müssen bei jedem Erwerb bzw. jeder Zeichnung von Anteilen schriftlich bescheinigen, dass sie keine „US-Personen“ sind. Jeder Inhaber von Anteilen muss die Verwaltungsgesellschaft des Fonds umgehend informieren, wenn er eine „US-Person“ wird.

• **Zeichnungs- und Rücknahmebedingungen der Fondsanteile auf dem Primärmarkt:**

Der Primärmarkt ist der Markt, auf dem neue Anteile des Fonds gezeichnet und/oder zurückgenommen werden, entweder (i) gegen Barzahlung oder (ii) gegen Einlagen/Rücknahmen in einen/aus einem Anleihenkorb, der die Zusammensetzung des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y widerspiegelt, zuzüglich einer Ausgleichszahlung.

Auf diesem Markt müssen Zeichnungen mindestens 5.000 Anteile bei der Erstzeichnung und mindestens einen Anteil bei Folgezeichnungen umfassen. Die Rücknahmen erfolgen in ganzen Zahlen von Anteilen, wobei ein Minimum von 500.000 EUR bzw. dem Gegenwert in der Währung der Anteile je Rücknahmeantrag gilt.

Die Zeichnungs- und Rücknahmeanträge für Anteile des Fonds werden an jedem Börsentag in Paris („**Börsentag**“) zwischen 09:00 Uhr und 15:30 Uhr (Pariser Ortszeit) von der Depotbank gesammelt. Die an einem Börsentag nach 15:30 Uhr (Pariser Ortszeit) eingehenden Zeichnungs- und Rücknahmeanträge werden wie Anträge behandelt, die am folgenden Börsentag zwischen 09:00 Uhr und 15:30 Uhr (Pariser Ortszeit) eingegangen sind.

Ein Börsentag ist ein Werktag, der im Kalender für die Berechnung und Veröffentlichung des Nettoinventarwerts des Fonds vorgesehen ist.

Der Nettoinventarwert des Fonds für einen Börsentag wird unter Verwendung des Fixings des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index von 17:15 Uhr (Pariser Zeit) dieses Tages berechnet.

Zeichnungen/Rücknahmen, die ausschließlich gegen Barzahlung erfolgen

Die Anträge, die an jedem Börsentag zwischen 09:00 Uhr und 15:30 Uhr (Pariser Ortszeit) von der Verwahrstelle gesammelt werden und ausschließlich gegen Barzahlung erfolgen, werden auf der Basis des Nettoinventarwerts desselben Börsentages ausgeführt.

Zeichnungen/Rücknahmen durch Einlagen/Rücknahmen in einen/aus einem Anleihenkorb, der die Zusammensetzung des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index widerspiegelt

Die von der Verwahrstelle an einem Börsentag zwischen 09:00 Uhr und 15:30 Uhr (Pariser Ortszeit) gesammelten Anträge werden am nächsten Börsentag um 15:30 Uhr (Pariser Ortszeit) auf der Basis der vom delegierten Verwalter festgelegten Bedingungen folgendermaßen ausgeführt:

- (1) durch Einbringung eines Anleihenkorbs, der den FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index widerspiegelt, wie von der Verwaltungsgesellschaft festgelegt, und den der Zeichner ggf. liefern muss,
- (2) durch Einzahlung einer Barsumme in Euro, die an den Fonds gezahlt oder von diesem vereinnahmt (die „Ausgleichszahlung“) wird, als Bezahlung eines Zeichnungs-/Rücknahmeantrags von mindestens 5000 Anteilen bei der Erstzeichnung und mindestens einem Anteil bei Folgezeichnungen. Die Rücknahmen erfolgen in ganzen Zahlen von Anteilen, wobei ein Minimum von 500.000 EUR bzw. dem Gegenwert in der Währung der Anteile je Rücknahmeantrag gilt. Die Ausgleichszahlung entspricht der Differenz zwischen dem Nettoinventarwert der Fondsanteile am selben Tag und dem Wert der am selben Tag zu liefernden Anleihen in Euro.

Die Aufträge werden gemäß der Tabelle unten ausgeführt:

T	T	T: Tag der Ermittlung des NIW	T+1 Geschäftstag	T+2 Geschäftstage	T+2 Geschäftstage
Zusammenfassung vor 15:30 Uhr Anträge auf Zeichnung	Zusammenfassung vor 15:30 Uhr Anträge auf Rücknahme ¹	Ausführung des Auftrags spätestens an T	Veröffentlichung des Nettoinventarwerts	Abwicklung von Zeichnungen	Abwicklung von Rücknahmen

¹Außer bei Vereinbarung besonderer Fristen mit Ihrem Finanzinstitut.

Für alle Zeichnungen und Rücknahmen in Form einer Einbringung/Entnahme von Wertpapieren behält sich die Verwaltungsgesellschaft das Recht vor, die angebotenen/angeforderten Wertpapiere abzulehnen und verfügt nach Eingang des Antrags über eine siebentägige Frist, um ihre Entscheidung bekanntzugeben.

Die Abwicklung/Lieferung von Zeichnungen/Rücknahmen erfolgt spätestens 5 Börsentage nach dem Datum der Berechnung und Veröffentlichung des Nettoinventarwerts.

Anträge auf Zeichnungen und Rücknahmen müssen für ganzzahlige Mengen von Anteilen gestellt werden.

- **Sammelstellen für Zeichnungs- und Rücknahmeanträge:**

CACEIS Bank

Firmensitz: 1-3 Place Valhubert, 75013 Paris

Die Anteilinhaber werden darauf hingewiesen, dass die Aufträge, die an andere Vertriebsstellen als die oben aufgeführten Stellen erteilt werden, berücksichtigen müssen, dass die erwähnte Schlusszeit für die Auftragsannahme für die erwähnten Vertriebsstellen bei CACEIS Bank gilt.

Daher können diese Vertriebsstellen eigene Fristen festlegen, die vor der oben genannten Frist liegen, um ihren Zeitbedarf für die Übertragung der Aufträge an die CACEIS BANK zu berücksichtigen.

- **Zulassung und Handel der Fondsanteile zum/am Sekundärmarkt:**

Der Sekundärmarkt ist der Markt, auf dem bereits aufgelegte Fondsanteile gehandelt werden. Er umfasst sämtliche Notierungsstellen (Marktgesellschaften), an denen der Fonds zum ständigen Handel zugelassen ist oder wird.

Beim Kauf/Verkauf am Sekundärmarkt werden keine Ausgabeaufschläge/Rücknahmegebühren erhoben. Kauf- und Verkaufsaufträge für die einzelnen Anteilskategorien können an der Börse, an der der Fonds zum ständigen Handel zugelassen ist (oder wird), über einen zugelassenen Intermediär abgegeben werden. Die Platzierung von Börsenaufträgen ist mit Kosten verbunden, auf die die Verwaltungsgesellschaft keinen Einfluss hat.

Es ist keine Mindestabnahme- bzw -verkaufsmenge von Fondsanteilen auf dem Sekundärmarkt vorgeschrieben, sofern die betreffende Börse keine solche festlegt.

Der Preis eines auf dem Sekundärmarkt gehandelten Anteils ist von Angebot und Nachfrage abhängig und entspricht ungefähr dem indikativen Nettoinventarwert (siehe Abschnitt „Indikativer Nettoinventarwert“).

Market-Maker (siehe Abschnitt „Als Market-Maker tätige Finanzinstitute“) gewährleisten das Funktionieren des Sekundärmarkts, indem sie als Gegenparteien auftreten. Sie verpflichten sich vertraglich gegenüber den jeweiligen Börsengesellschaften, eine maximale Spanne zwischen dem besten Angebot und der besten Nachfrage zu garantieren. Ihre Aktivität garantiert die Liquidität der Fondsanteile. Darüber hinaus gewährleisten die Market-Maker durch ihre Arbitrage zwischen dem Primär- und dem Sekundärmarkt, dass der Börsenkurs nicht wesentlich von seinem indikativen Nettoinventarwert abweicht.

Wird die Notierung des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y unterbrochen oder ausgesetzt, wird die Notierung des Fonds gleichzeitig auch ausgesetzt. Bei der Wiederaufnahme der Notierung des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y wird die Notierung des Fonds ebenfalls umgehend wieder aufgenommen und berücksichtigt die eventuelle Entwicklung des Nettoinventarwerts des Fonds sowie des indikativen Nettoinventarwerts seit der Unterbrechung.

Auf dem Sekundärmarkt gekaufte Anteile können im Allgemeinen nicht direkt auf dem Primärmarkt weiterverkauft werden. Die Inhaber müssen Anteile über einen Vermittler (z. B. einen Broker) auf einem Sekundärmarkt kaufen und verkaufen und dabei müssen sie eventuell die entsprechenden Gebühren zahlen. Darüber hinaus können die Inhaber beim Kauf von Anteilen mehr als den tatsächlichen Nettoinventarwert zahlen und sie erhalten beim Verkauf eventuell weniger als den tatsächlichen Nettoinventarwert.

Die Anteile des Fonds werden zum Handel auf Euronext Paris zugelassen.

Die Verwaltungsgesellschaft hat die Möglichkeit, die Notierung dieser Anteile an anderen Börsen zu beantragen.

Auf Euronext Paris werden die Anteile des Fonds über ein Produktsegment gehandelt, das Trackern gewidmet ist: NextTrack.

- **Als Market-Maker tätige Finanzinstitute:**

Am 29.06.2009 ist folgendes Finanzinstitut „Market Maker“:

Société Générale Corporate and Investment Banking, Tour Société Générale, 17 cours Valmy, 92987 Paris La Défense, Frankreich.

Die Market-Maker verpflichten sich, ab der Zulassung zur Notierung an einer Börse, an der der Fonds zum Handel zugelassen ist, den Vertrieb der Fondsanteile zu übernehmen. Insbesondere verpflichten sich die Market-Maker, durch ihre ständige Präsenz am Markt diesen zu beleben („market making“). Diese Präsenz kommt durch die Positionierung einer Spanne zwischen Kauf- und Verkaufskurs sowie durch ausreichende Liquidität zum Ausdruck.

Insbesondere haben sich die als Market-Maker tätigen Finanzinstitute vertraglich gegenüber Euronext Paris SA verpflichtet, für den Fonds die folgenden Bedingungen einzuhalten:

- einen globalen Spread von maximal 2% zwischen dem Kauf- und Verkaufspreis im zentralen Orderbuch
- einen Mindest-Nennwert beim Kauf bzw. Verkauf, der dem Gegenwert in Euro von 5.000 Fondsanteilen entspricht.

Die Verpflichtungen der Market-Maker ruhen, wenn der Wert des Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y nicht verfügbar ist oder wenn der Handel mit einem der Wertpapiere, die in ihm geführt werden, ausgesetzt ist. Die Verpflichtungen der Market-Maker ruhen generell bei Anomalien oder Schwierigkeiten am betreffenden Börsenmarkt, die die normale Marktbelebung unmöglich machen (z.B. Störungen der Notierung usw.).

Die Market-Maker müssen ebenfalls sicherstellen, dass der Börsenkurs der Fondsanteile nicht um mehr als 1,5% nach oben bzw. unten vom indikativen Nettoinventarwert des Fonds abweicht (siehe Abschnitt „Indikativer Nettoinventarwert“).

Die Verwaltungsgesellschaft kann die Market-Maker bitten, die Bewertung des Fonds zu unterbrechen, wenn außergewöhnliche Umstände dies erforderlich machen und das Interesse der Anteilhaber dies erfordert.

BEDINGUNGEN FÜR DEN KAUF UND VERKAUF AUF DEM SEKUNDÄRMARKT

Wenn der quotierte Börsenwert der Anteile oder Aktien des Fonds erheblich von seinem indikativen Nettoinventarwert abweicht, oder wenn die Notierung der Anteile oder Aktien des Fonds ausgesetzt ist, kann es den Anlegern unter den nachstehend dargelegten Bedingungen gestattet werden, ihre Anteile auf dem Primärmarkt unmittelbar vom notierten Fonds zurückzunehmen zu lassen, ohne dass die im Abschnitt „Zeichnungs- und Rücknahmeprovisionen (nur für Primärmarktteilnehmer)“ festgeschriebenen Mindestgrößenanforderungen zur Anwendung kommen.

Die Gelegenheit zu einer solchen Öffnung des Primärmarktes und die Dauer dieser Öffnung werden von der Verwaltungsgesellschaft unter Anwendung der nachstehend aufgeführten Kriterien beschlossen, deren Analyse die Einschätzung der Erheblichkeit der Marktstörung ermöglicht:

- die Prüfung, ob die Aussetzung vorübergehend ist oder nicht, oder ob die Störung des Sekundärmarktes an einem möglichen Notierungsort erheblich ist;
- der Zusammenhang zwischen der Marktstörung und den Marktteilnehmern auf dem Sekundärmarkt (wie z. B. ein Ausfall aller oder eines Teils der Market Maker auf einem bestimmten Markt oder ein Ausfall der Betriebs- oder Computersysteme am jeweiligen Notierungsort), jedoch unter Ausschluss eventueller Störungen, die auf externe Ursachen zurückzuführen sind, die nichts mit dem Sekundärmarkt für die Anteile oder Aktien des Fonds zu tun haben, wie z. B. insbesondere ein Ereignis, das sich auf die Liquidität und die Bewertung aller oder eines Teils der Komponenten des Referenzindex auswirkt;
- die Analyse aller sonstigen objektiven Umstände, die sich auf die Gleichbehandlung und/oder die Interessen der Inhaber der Anteile des Fonds auswirken können.

In Abweichung von den Bestimmungen zu den Gebühren im Abschnitt „Zeichnungs- und Rücknahmeprovisionen (nur für Primärmarktteilnehmer)“ unterliegen in diesem Fall auf dem Primärmarkt getätigte Rücknahmen von Anteilen ausschließlich einer Rücknahmegebühr von max. 1%, die vom Fonds vereinnahmt wird und die dem Fonds entstandenen mit der Transaktion verbundenen Kosten abdecken soll.

In diesen Fällen der ausnahmsweisen Öffnung des Primärmarkts veröffentlicht die Verwaltungsgesellschaft auf der Website amundietf.com das Verfahren, mit dem die Anleger ihre Anteile auf dem Primärmarkt zurückkaufen lassen können. Die Verwaltungsgesellschaft übermittelt dieses Verfahren außerdem an das Marktunternehmen, das die Notierung der Anteile des Fonds vornimmt.

► **Datum und Häufigkeit der Berechnung des Nettoinventarwerts:**

Täglich

► **Ort und Bedingungen der Veröffentlichung und Bekanntgabe des Nettoinventarwerts:**

Der Nettoinventarwert wird täglich berechnet und veröffentlicht, sofern die Kotierungsbörse Euronext Paris geöffnet ist oder wenn eine der Börsen geöffnet ist, an denen der Fonds zugelassen ist, (insbesondere Borsa Italiana, Deutsche Börse, London Stock Exchange und SIX Swiss Exchange), wovon Tage ausgenommen sind, an denen Kotierungsmärkte von Indexbestandteilen geschlossen sind, sofern die Deckung der Orders auf dem Primär- und Sekundärmarkt möglich ist.

Der Nettoinventarwert des Fonds ist auf formlose Anfrage bei der Verwaltungsgesellschaft und über deren Website amundietf.com erhältlich.

An den Tagen der Veröffentlichung des Nettoinventarwerts veröffentlicht Euronext Paris darüber hinaus einen indikativen Nettoinventarwert in Euro (siehe Abschnitt „Indikativer Nettoinventarwert“).

► **Kosten und Gebühren:**

• **Ausgabeaufschläge und Rücknahmegebühren:**

Ausgabeaufschläge und Rücknahmegebühren werden zum vom Anleger gezahlten Ausgabepreis hinzugerechnet bzw. vom Rücknahmepreis abgezogen. Die vom Fonds vereinnahmten Ausgabeaufschläge und Rücknahmegebühren dienen zur Deckung der Kosten, die dem Fonds bei der Anlage oder Auflösung von Anlagen des verwalteten Vermögens entstehen. Die nicht vom Fonds vereinnahmten Ausgabeaufschläge und Rücknahmegebühren fließen der Verwaltungsgesellschaft, der Vertriebsgesellschaft usw. zu.

- Auf dem Primärmarkt:

Kosten zu Lasten des Anlegers erhoben bei Zeichnungen und Rücknahmen	Berechnungsgrundlage	Zinsen
Nicht vom Fonds vereinnahmter Ausgabeaufschlag	Nettoinventarwert X Anzahl Anteile	2 % pro Zeichnungsantrag
Vom Fonds vereinnahmter Ausgabeaufschlag	Nettoinventarwert X Anzahl Anteile	max. 1 %
Nicht vom Fonds vereinnahmte Rücknahmegebühr	Nettoinventarwert X Anzahl Anteile	2 % pro Rücknahmeantrag
Vom Fonds vereinnahmte Rücknahmegebühr	Nettoinventarwert X Anzahl Anteile	max. 1 %

Die Verwaltungsgesellschaft erhebt nach bestimmten Kriterien Zeichnungs- und Rücknahmegebühren, die vom Fonds vereinnahmt werden, damit die tatsächlichen Kosten für die Anpassung des Portfolios und insbesondere die Ausführungskosten oder auch die mit der Besteuerung verbundenen Kosten durch die Primärmarktteilnehmer getragen werden.

Ausnahmen:

Die Verwaltungsgesellschaft und Société Générale Corporate and Investment Bank sind vom nicht vom Fonds vereinnahmten Ausgabeaufschlag und von der nicht vom Fonds vereinnahmten Rücknahmegebühr befreit.

Die Art dieser Gebühren wird in dem Abschnitt über die Ausgabeaufschläge und Rücknahmegebühren beschrieben.

- Auf dem Sekundärmarkt:

Beim Kauf/Verkauf am Sekundärmarkt werden keine Ausgabeaufschläge/Rücknahmegebühren erhoben. Kauf- und Verkaufsaufträge für Anteile können an jeder Börse, an der der Fonds zur Notierung zugelassen ist, über einen zugelassenen Intermediär abgegeben werden. Allerdings ist die Platzierung eines Börsenauftrags mit Kosten verbunden, auf die die Verwaltungsgesellschaft keinen Einfluss hat (z.B. Maklergebühren für Kauf- und Verkaufsaufträge für Anteile, die an der Börse durchgeführt werden und durch den Finanzintermediär des Anlegers erhoben werden).

Die Verteilung dieses Prospekts und das Angebot oder der Kauf von Fondsanteilen können in bestimmten Ländern Beschränkungen unterliegen. Dieser Prospekt stellt kein Angebot und keine Werbung seitens einer beliebigen Person in einem Land dar, in dem ein solches Angebot oder eine solche Werbung rechtswidrig wäre oder in dem die Person, die ein solches Angebot macht oder eine solche Werbung verbreitet nicht die hierfür erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, oder gegenüber irgendeiner Person, gegenüber ein solches Angebot oder eine solche Werbung rechtswidrig wären.

• **Betriebs- und Verwaltungskosten:**

Diese Kosten umfassen alle dem Fonds direkt belasteten Kosten außer den Transaktionskosten. Die Transaktionskosten beinhalten Vermittlungsgebühren (Maklergebühren usw.) und die etwaige Umsatzprovision, die insbesondere von der Depotbank und der Verwaltungsgesellschaft erhoben werden kann.

Neben den Betriebs- und Verwaltungskosten können, soweit dies in der detaillierten Beschreibung vorgesehen ist, folgende Kosten anfallen:

- *Erfolgsabhängige Provisionen. Bei diesen handelt es sich um eine Vergütung der Verwaltungsgesellschaft für den Fall, dass der Fonds seine Ziele übertrifft. Sie werden somit dem Fonds belastet;*
- *Umsatzprovisionen zulasten des Fonds;*
- *mit vorübergehenden An- und Verkäufen von Wertpapieren verbundene Kosten.*

Nähere Angaben zu den Kosten, die dem Fonds tatsächlich belastet werden, sind dem Dokument mit wesentlichen Informationen für den Anleger (KIID) zu entnehmen.

	Dem OGAW berechnete Kosten	Berechnungsgrundlage	Satz in Prozent
P1	Verwaltungsgebühren und Gebühren, die von anderen Dienstleistern als der Verwaltungsgesellschaft erhoben werden (CAC, Depotbank, Vertriebsstelle, Anwälte)	Nettovermögen	max. 0,14 % inkl. MwSt.
P2	Maximale indirekte Gebühren (Provisionen und Verwaltungsgebühren)	Nettovermögen	Keine
P3	Umsatzprovision - Von der Depotbank vereinnahmt - ***** ----- Von der Verwaltungsgesellschaft vereinnahmt	- - Wird auf jede Transaktion erhoben	- - Keine - ***** ----- - Keine
P4	Erfolgsabhängige Provisionen	Nettovermögen	Keine

Die Betriebs- und Verwaltungskosten werden direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung des Fonds verbucht. Folgende unten aufgeführten Kosten können zu Gebühren hinzukommen, die dem Fonds berechnet werden:

- Die mit der Einziehung von Forderungen des Fonds verbundenen außerordentlichen Rechtskosten;
- Die Kosten in Verbindung mit fälligen Beiträgen der Verwaltungsgesellschaft an die AMF im Rahmen der Verwaltung des Fonds.

Wertpapierleih- und Pensionsgeschäfte:

Im Rahmen der Wertpapierleih- und Pensionsgeschäfte hat Amundi Asset Management die Amundi Intermédiation für den OGAW mit den folgenden Aufgaben betraut:

- Auswahl der Kontrahenten,
- Anbahnung der Marktverträge,
- Steuerung des Kontrahentenrisikos,
- qualitative und quantitative Kontrolle der Besicherung (Kontrolle der Streuung, der Ratings, der Liquidität) der Pensions- und Wertpapierleihgeschäfte.

Die Erträge aus diesen Transaktionen fließen dem Fonds zu.

Diese Transaktionen verursachen Kosten, die vom Fonds getragen werden. Amundi Intermediation darf nicht mehr als 35% der mit diesen Transaktionen erzielten Erträge in Rechnung stellen.

Mit der Durchführung dieser Transaktionen durch Amundi Intermédiation, einem Unternehmen, das demselben Konzern angehört wie die Verwaltungsgesellschaft, ist das Risiko eines potenziellen Interessenskonfliktes verbunden.

Auswahl der Vermittler

Die Verwaltungsgesellschaft befolgt insbesondere bei vorübergehenden Käufen und Verkäufen von Wertpapieren und bei bestimmten Derivaten wie Total Return Swaps eine Richtlinie zur Auswahl von Vermittlern.

Die Auswahl der Broker und Finanzvermittler erfolgt strikt aus renommierten lokalen Vermittlern auf der Grundlage mehrerer Kriterien in Verbindung mit der Erbringung von Rechercheleistungen (fundamentale Finanzanalyse, Unternehmensinformationen, Mehrwert der Ansprechpartner, Fundiertheit der Empfehlungen etc.) oder Ausführungsleistungen (Marktzugang und -informationen, Transaktionskosten, Ausführungskosten, guter Betriebsablauf etc.)

Es werden nur Finanzinstitute aus OECD-Ländern mit einem Mindestrating von AAA bis BBB- von Standard & Poor's bei der Platzierung der Transaktion oder einem von der Verwaltungsgesellschaft für gleichwertig erachteten Rating ausgewählt.

Darüber hinaus werden alle ausgewählten Kontrahenten anhand der eigenen Kriterien des Risikomanagements wie z. B. finanzielle Stabilität, Bewertung, Engagement, Art der Tätigkeit, bisherige Tätigkeit, Herkunftsland etc. geprüft.

Die Liste der zulässigen Kontrahenten wird jährlich überarbeitet. Daran sind die verschiedenen Front- und Backend-Abteilungen der Amundi-Gruppe beteiligt. Die ausgewählten Broker und Finanzvermittler werden regelmäßig gemäß der Ausführungspolitik der Verwaltungsgesellschaft überwacht.

• Provisionen in Form von Sachleistungen:

Die Verwaltungsgesellschaft erhält weder in ihrem eigenen Namen noch für Dritte Provisionen in Form von Sachleistungen.

Hinweis:

Die Besteuerung der vom Fonds ausgeschütteten Summen bzw. der latenten oder vom Fonds erzielten Wertsteigerungen bzw. Verluste hängt von den Steuerbestimmungen ab, die für die persönliche Situation eines Anlegers gelten, sowie von seinem Steuerwohnsitz und/oder dem Rechtsraum, in dem die Anlage in den OGAW erfolgt.

Bestimmte, vom Fonds an Anleger mit Steuerwohnsitz außerhalb Frankreichs ausgeschüttete Erträge können im entsprechenden Land einer Quellensteuer unterliegen. Wir empfehlen Ihnen, sich diesbezüglich bei Ihrem gewohnten Berater zu erkundigen.

Darüber hinaus werden die Anleger darauf hingewiesen, dass die Richtlinien zur Besteuerung von Zinserträgen den Vertretern und Bevollmächtigten des Fonds sowie bestimmten Anteilhabern gewisse steuerliche Verpflichtungen auferlegen.

Weitere Vorschriften, die ähnliche Verpflichtungen auferlegen, dürften in Rechtsräumen außerhalb der Europäischen Union eingeführt werden. Grundsätzlich können gemäß dieser Richtlinie und möglicherweise gemäß anderen, ähnlichen Vorschriften, die eventuell verabschiedet werden, Zinszahlungen - die den bestimmten Anteilhabern zufallenden Ertrag aus dem Verkauf, der Rückerstattung oder der Rücknahme von

Fondsanteilen umfassen können – unter bestimmten Bedingungen den örtlichen Steuerbehörden mitgeteilt werden.

Weitere Informationen finden die Anteilinhaber im Jahresbericht des Fonds.

IV. ANGABEN ZUM VERTRIEB

Die Anteilhaber werden gemäß der von der Autorité des Marchés Financiers festgelegten Regelung über den Fonds betreffende Veränderungen informiert: individuelle Information oder alle anderen Mittel (Finanzinformation, Halbjahresbericht...).

Finanzinformationen können über die Presse und/oder auf der Website amundiETF.com unter „Aktuelles“ veröffentlicht werden.

Der Prospekt des Fonds, der letzte Jahres- und Zwischenbericht sowie der Nettoinventarwert des Fonds werden auf formlose schriftliche Anfrage des Anteilhabers an nachstehende Anschrift innerhalb einer Woche zugesandt:

Amundi Asset Management - Amundi ETF - 90 boulevard Pasteur - CS 21 564 - 75730 PARIS cedex 15

Die Verwaltungsgesellschaft stellt den Anlegern Informationen über die Berücksichtigung von sozialen, Umwelt- und Governance-Kriterien in ihrer Anlagepolitik auf ihrer Website amundi.com und im Jahresbericht des Fonds zur Verfügung.

Die Transparenzpolitik ist auf einfache Anfrage von der Verwaltungsgesellschaft und auf ihrer Website amundiETF.com verfügbar, und Angaben zur Zusammensetzung des Vermögens des Fonds sind auf einfache Anfrage von der Verwaltungsgesellschaft und auf ihrer Website amundiETF.com verfügbar, wo sie mit einer Verzögerung von mindestens drei Börsentagen veröffentlicht werden.

Außerdem kann die Verwaltungsgesellschaft professionellen Anlegern, die von der ACPR, vom AMF oder vergleichbaren europäischen Behörden kontrolliert werden, ausschließlich zu Zwecken der Berechnung der regulatorischen Anforderungen in Verbindung mit der Solvency-II-Richtlinie über die Zusammenstellung der Vermögenswerte des Fonds direkt oder indirekt Auskunft erteilen. Diese Auskunft erfolgt gegebenenfalls mit einer Frist von nicht weniger als 48 Stunden ab der Veröffentlichung des Nettoinventarwerts.

Weitere Informationen sind bei der Verwaltungsgesellschaft sowie auf der Website amundiETF.com erhältlich.

► Indikativer Nettoinventarwert:

Der indikative Nettoinventarwert (der „iNAV“) wird von der Marktgesellschaft während der Börsenstunden an jedem Tag veröffentlicht, der auf dem Kalender für die Berechnung und Veröffentlichung des Nettoinventarwerts des Fonds vorgesehen ist.

Ein Börsentag ist ein Werktag, der im Kalender für die Berechnung und Veröffentlichung des Nettoinventarwerts des Fonds vorgesehen ist.

Der „iNAV“ ist der theoretische Börsenwert des Fonds zum Zeitpunkt „t“, der von den Market-Makern und Intraday-Anlegern als Referenzkurs verwendet wird. Er wird von jedem Notierungsplatz festgelegt, bei dem die Fondsanteile zur Notierung und zum Handel zugelassen sind.

Der „iNAV“ wird automatisch laufend und während des ganzen Börsentages auf den neuesten Stand gebracht.

Wenn eine oder mehrere Börsen, an denen die Aktien, die im Index FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y geführt werden, geschlossen sind (z.B. an Feiertagen im Sinne des Target-Kalenders), so dass die Berechnung des Nettoinventarwerts unmöglich ist, kann der Handel mit Fondsanteilen ausgesetzt werden.

Auf der Euronext Paris wird der iNAV während der gesamten Öffnungszeiten in Paris (9.00 Uhr bis 17.35 Uhr) alle 15 Sekunden veröffentlicht. Der iNAV wird auf der Website der Euronext Paris (euronext.com) und von den meisten Finanzinformationsdiensten (Reuters, Bloomberg etc.) laufend veröffentlicht.

Reservierungsschwellenwerte werden unter Anwendung eines Abweichungssatzes von 1,5% nach oben und nach unten vom „iNAV“ der Anteile des Fonds festgelegt, der von Euronext Paris S.A. berechnet und im Verlauf der Notierung in Abhängigkeit von der Entwicklung des FTSE MTS Eurozone Government Broad IG 5-7Y-Index durch Schätzung aktualisiert wird.

V. ANLAGEREGELN

Der Fonds hält sich an die von der EU-Richtlinie 2009/65/EG vom 13 Juli 2009 vorgegebenen Anlagerichtlinien. Der Fonds hält die im Verordnungsteil des CMF vorgegebenen Kennzahlen ein.

Insbesondere kann er bis zu 35% seines Vermögens in zulässige Finanzwerte und Geldmarktinstrumente investieren, die von zulässigen Staaten oder staatlichen oder quasistaatlichen Stellen begeben oder garantiert werden, die in Abschnitt „2. Verwendete Aktiva (ohne eingebettete Derivate)“ des Kapitels III. 2 „Sonderbestimmungen“ des Prospekts genannt sind.

Für den Fonds gelten die rechtlichen Anlageregeln für OGAW, deren Vermögen bis zu 10% in andere OGA investiert ist, sowie diejenigen für seine AMF-Klassifizierung „Auf Euro lautende Anleihen und andere Schuldverschreibungen“.

Die wichtigsten, vom Fonds eingesetzten Finanzinstrumente und Verwaltungstechniken sind im Kapitel III. 2 „Sonderbestimmungen“ des Prospekts aufgeführt. Die Verwaltungsgesellschaft berücksichtigt bei der Fondsverwaltung Änderungen des CMF umgehend nach ihrer Einführung.

„MTS®“ ist ein Warenzeichen der Firmen der London Stock Exchange Group und wird von MTS Next Limited unter Lizenz verwendet.

Sämtliche Informationen werden ausschließlich zu Informationszwecken bereitgestellt. Es wird alles getan, um die Richtigkeit der hier veröffentlichten Informationen zu gewährleisten. MTS oder dessen Lizenzgeber können jedoch keinerlei Verantwortung oder Haftung für Irrtümer oder Nachteile übernehmen, die aus der Nutzung dieser Veröffentlichung entstehen.

Weder MTS noch einer der Lizenzgeber macht irgendwelche Behauptungen, Prognosen, Zusicherungen oder Darstellungen, gleich welcher Art, ausdrücklich oder implizit, weder in Bezug auf die aus der Nutzung des Index zu erwartenden Ergebnisse, noch auf die Eignung oder Tauglichkeit des Index für jeglichen speziellen Zweck, für den er angewendet werden könnte.

MTS liefert keine Investitionsempfehlungen, und nichts in diesem Dokument sollte als Finanz- oder Investitionsratschlag aufgefasst werden. MTS macht keine Darstellungen im Hinblick auf die Ratsamkeit, in irgendeine Anlage zu investieren. Eine Entscheidung, in irgendeine Anlage dieser Art zu investieren, sollte nicht im Vertrauen auf irgendeine hier erwähnte Information getroffen werden. Es ist nicht möglich, direkt in einen Index zu investieren. Die Aufnahme einer Anlage in einen Index stellt keine Empfehlung dar, diesen Wert zu kaufen, zu halten oder abzustoßen.

VI. GESAMTRISIKO

Verfahren zur Berechnung des Engagements.

VII. REGELN FÜR DIE BEWERTUNG UND VERBUCHUNG DER VERMÖGENSWERTE

► Grundsatz

Die Rechnungslegung erfolgt unter Einhaltung der allgemeinen Rechnungslegungsvorschriften:

- Fortführung der Geschäftstätigkeit,
- von einem Geschäftsjahr zum anderen ständig kohärente Rechnungslegungsmethoden,
- Abgrenzung der jeweiligen Geschäftsjahre.

Die für die Verbuchung der Elemente des Vermögens zugrunde gelegte Methode ist die Methode der historischen Kosten, außer für die Bewertung des Portfolios.

► Regeln für die Bewertung des Vermögens

Die Berechnung des Nettoinventarwerts des Anteils erfolgt unter Berücksichtigung der im Folgenden dargelegten Berechnungsregeln:

- Französische und ausländische börsennotierte Wertpapiere werden zu ihrem Marktpreis bewertet. Die Bewertung zum Referenz-Marktpreis erfolgt nach den von der Verwaltungsgesellschaft festgelegten Regeln. In den Fonds eingebrachte oder von ihm gehaltene Wertpapiere werden zum letzten Börsenkurs bewertet.
- Unterschiede zwischen den zur Berechnung des Nettoinventarwerts zugrunde gelegten Börsenkursen und den historischen Kursen der Wertpapiere des Korbes werden im Konto „Schätzungsunterschiede“ registriert.

Es gilt jedoch Folgendes:

- Wertpapiere, deren Kurs nicht am Tag der Bewertung festgestellt wurde oder deren Kurs korrigiert wurde, werden unter Verantwortung der Verwaltungsgesellschaft zu ihrem möglichen Verhandlungswert bewertet. Diese Bewertungen und ihre Rechtfertigung werden dem Abschlussprüfer bei seiner Kontrolle mitgeteilt.
- Die Bewertung von handelbaren Schuldtiteln und ähnlichen Wertpapieren, für die keine bedeutenden Transaktionen erfolgen, geschieht mit Hilfe einer versicherungsmathematischen Methode. Der zugrunde gelegte Wert entspricht demjenigen von Emissionen vergleichbarer Wertpapiere, ggf. unter Berücksichtigung einer Abweichung, um den intrinsischen Merkmalen des Emittenten des Wertpapiers Rechnung zu tragen. Handelbare Schuldtitel mit einer Restlaufzeit von höchstens drei Monaten ohne besondere Sensibilität können jedoch auch nach der linearen Methode bewertet werden. Die Modalitäten für die Anwendung dieser Regeln werden von der Verwaltungsgesellschaft festgelegt. Im Einklang mit den Anweisungen der Autorité des Marchés Financiers (AMF) werden handelbare Schuldtitel (außer Staatsanleihen) wie folgt bewertet:
 - Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von höchstens drei Monaten (kurz): die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten mit Verteilung der Ab- oder Aufwertung auf die verbleibende Laufzeit;
 - Wertpapiere mit einer Restlaufzeit zwischen drei Monaten und einem Jahr: werden zur in der offiziellen Notierung veröffentlichten Euribor-Rate und in Abhängigkeit vom Emittenten zu- bzw. abzüglich eines Auf- bzw. Abschlags bewertet;
 - Wertpapiere mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr: werden zum Gegenwert der BTAN-Rate und in Abhängigkeit vom Emittenten zu- bzw. abzüglich eines Auf- bzw. Abschlags bewertet.
- Staatsanleihen werden zu ihrem Marktpreis bewertet, der täglich von der Banque der France veröffentlicht wird.

- Aktien oder Anteile von OGAW werden zum letzten bekannten Nettoinventarwert bewertet.
- Nicht an einem geregelten Markt gehandelte Wertpapiere werden unter Verantwortung der Verwaltungsgesellschaft zu ihrem wahrscheinlichen Handelswert bewertet. Sie werden unter Zuhilfenahme ihres Nennwerts und der Rendite bewertet, wobei auch die erreichten Marktpreise für ähnliche bedeutende Transaktionen herangezogen werden.
- Wertpapiere, die vorübergehend ver- oder gekauft werden, werden im Einklang mit den gültigen Vorschriften bewertet, wobei die Modalitäten von der Verwaltungsgesellschaft festgelegt werden.

In Pension genommene Wertpapiere werden auf der Aktiv-Seite der Bilanz unter der Rubrik „Forderungen aus in Pension genommenen Wertpapieren“ zum Vertragswert zuzüglich zu vereinnahmender Zinsen verbucht. Wenn ihre Fälligkeit jedoch über 3 Monaten liegt, werden diese Wertpapiere zum aktuellen Wert des Kontrakts (Marktwert) bewertet.

In Pension gegebene, auf der Aktiv-Seite der Bilanz verbuchte Wertpapiere werden zu ihrem Börsenkurs bewertet. Zinsforderungen und –verbindlichkeiten für Pensionsgeschäfte werden zeitanteilig berechnet. Verbindlichkeiten aus in Pension gegebenen Wertpapieren werden auf der Passiv-Seite der Bilanz zum Vertragswert zuzüglich zu zahlender Zinsen verbucht. Bei Erfüllung werden die Zinsforderungen und –verbindlichkeiten als vereinnahmte Forderungen verbucht. Wenn ihre Fälligkeit jedoch über 3 Monaten liegt, werden diese Wertpapiere zum aktuellen Wert des Kontrakts (Marktwert) bewertet.

Die verliehenen Wertpapiere werden zum Marktpreis bewertet. Die entsprechende vereinnahmte Gegenleistung wird als Forderungseinkommen verbucht. Die aufgelaufenen Zinsen werden in den Marktwert der verliehenen Wertpapiere mit eingerechnet.

- Transaktionen mit festen oder bedingten Finanztermininstrumenten an organisierten Märkten in Frankreich oder im Ausland werden nach den von der Verwaltungsgesellschaft festgelegten Modalitäten zu ihrem Marktpreis bewertet. Terminkontrakte werden zu ihrem Settlement-Preis bewertet.

Bewertung der finanziellen Sicherheiten:

Die Sicherheiten werden täglich zum Marktpreis bewertet (mark-to-market). Auf die erhaltenen Sicherheiten können Abschläge angewendet werden; diese berücksichtigen die Kreditqualität, die Volatilität der Preise der Wertpapiere sowie das Ergebnis der durchgeführten Krisensimulationen. Es besteht eine tägliche Nachschusspflicht, soweit dies im Rahmenvertrag für diese Geschäfte nicht anders geregelt ist oder die Verwaltungsgesellschaft und der Kontrahent nicht eine Vereinbarung über eine Auslöseschwelle getroffen haben.

- Feste oder bedingte Termingeschäfte und Swaptransaktionen an den Freihandelsmärkten, die nach den gültigen Vorschriften für OGAW zugelassen sind, werden nach den von der Verwaltungsgesellschaft festgelegten Modalitäten zu ihrem Marktpreis oder zu einem geschätzten Wert bewertet. Zins- und/oder Devisenswaps werden zu ihrem Marktpreis unter Berücksichtigung des durch die Aktualisierung der zukünftigen Liquiditätsströme (Kapital und Zinsen) berechneten Preises zum Zinssatz bzw. Devisenkurs des Marktes bewertet. Dieser Preis wird um das Emittentenrisiko bereinigt.

► Bilanzierungsmethode

Käufe und Verkäufe von Wertpapieren werden ohne Kosten verbucht.

Für die Verbuchung der Einnahmen wird die Methode des vereinnahmten Einkommens verwendet.

Die Einnahmen bestehen aus:

- den Einnahmen aus Wertpapieren,
- den vereinnahmten Dividenden und Zinsen, die für ausländische Wertpapiere zum jeweiligen Devisenkurs bewertet werden,
- die Vergütung von Liquiditäten in Devisen, Einnahmen aus Wertpapierleihe und Pensionsgeschäften sowie aus anderen Anlagen.

Von diesen Einnahmen wird Folgendes abgezogen:

- die Verwaltungskosten,
- die finanziellen Kosten und Gebühren für Wertpapierleihgeschäfte und andere Anlagen.

Außerbilanzielle Verpflichtungen:

Feste Terminkontrakte werden zu ihrem Marktpreis als außerbilanzielle Verpflichtungen zum Settlement-Preis verbucht. Bedingte Termingeschäfte werden in den Gegenwert des zugrunde liegenden Wertpapiers umgerechnet. Freihändige Swapkontrakte werden zum Nennwert bewertet, zu bzw. von dem die jeweilige Schätzungsabweichung hinzugerechnet bzw. abgezogen wird.

► **Rechnungsabgrenzungskonto**

Durch die Rechnungsabgrenzungskonten soll die Gleichheit der Anteilinhaber gegenüber den Einnahmen gewährleistet werden, unabhängig vom Zeichnungs- bzw. Rücknahmedatum.

VIII - VERGÜTUNG

Die Verwaltungsgesellschaft hat die Vergütungspolitik der Amundi-Gruppe übernommen, der sie angehört.

Die Amundi-Gruppe hat eine Vergütungspolitik etabliert, die ihrer Organisation und ihren Aktivitäten gerecht wird. Diese Politik zielt darauf ab, die Praktiken bezüglich der verschiedenen Vergütungen der Arbeitnehmer der Unternehmensgruppe festzulegen, die Entscheidungs- oder Kontrollbefugnisse besitzen oder zum Eingehen von Risiken befugt sind.

Diese Vergütungspolitik wurde unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Strategie, der Ziele, der Werte und Interessen der Unternehmensgruppe, der der Unternehmensgruppe angehörenden Verwaltungsgesellschaften, der von den Gesellschaften der Unternehmensgruppe verwalteten OGAW und deren Anteilinhaber festgeschrieben. Ziel dieser Politik ist es, nicht zum Eingehen übermäßiger Risiken zu ermutigen, die insbesondere nicht mit dem Risikoprofil der verwalteten OGAW vereinbar sind.

Außerdem hat die Verwaltungsgesellschaft angemessene Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenkonflikten etabliert.

Die Vergütungspolitik wird vom Verwaltungsrat von Amundi, der Muttergesellschaft der Amundi-Gruppe, verabschiedet und überwacht.

Die Vergütungspolitik ist auf der Website amundi.com oder kostenfrei auf formlose schriftliche Anfrage bei der Verwaltungsgesellschaft verfügbar.

Aktualisierungsdatum des Prospekts: 22. November 2019

VERWALTUNGSREGLEMENT

Investmentfonds

AMUNDI ETF GOVT BOND EUROMTS BROAD INVESTMENT GRADE 5-7 UCITS ETF DR

KAPITEL 1 - VERMÖGEN UND ANTEILE

Artikel 1 - Miteigentumsanteile

Die Rechte der Miteigentümer werden in Anteilen ausgedrückt, wobei jeder Anteil einem gleich großen Anteil am Vermögen des Fonds (der „Fonds“) entspricht. Jeder Anteilinhaber ist anteilig gemäß der Anzahl der von ihm gehaltenen Anteile Miteigentümer des Vermögens des Fonds.

Der Fonds hat ab seiner Auflegung eine Laufzeit von 99 Jahren, es sei denn, er wird wie in diesem Verwaltungsreglement vorgesehen, vorzeitig aufgelöst oder verlängert.

Die Eigenschaften der verschiedenen Anteilskategorien und deren Zugangsbedingungen sind im Anlegerinformationsdokument und im Verkaufsprospekt des Fonds angegeben.

Die unterschiedlichen Anteilskategorien können:

- verschiedene Ergebnisverwendungsansätze haben: (Ausschüttung oder Thesaurierung);
- auf unterschiedliche Währungen lauten;
- unterschiedlichen Verwaltungsgebühren unterliegen;
- unterschiedlichen Ausgabeaufschlägen und Rücknahmegebühren unterliegen;
- unterschiedliche Nennwerte aufweisen;
- eine im Prospekt definierte teilweise oder vollständige systematische Risikoabsicherung haben. Diese Absicherung erfolgt über Finanzinstrumente, wobei die Auswirkungen der Absicherungsgeschäfte auf die übrigen Anteilsklassen des Fonds so weit wie möglich reduziert werden;
- einem oder mehreren Vertriebsnetzen vorbehalten sein.

Die Anteile können zusammengelegt oder in Bruchteile unterteilt werden.

Das Verwaltungsorgan der Verwaltungsgesellschaft kann die Anteile nach freiem Ermessen in Bruchteile unterteilen, indem er neue Anteile schafft, die den Inhabern im Austausch gegen die alten Anteile zugeteilt werden.

Artikel 2 - Mindestbetrag des Vermögens

Es können keine Anteile zurückgenommen werden, wenn das Vermögen des Fonds unter den vorgeschriebenen Betrag sinkt; in diesem Fall ergreift die Verwaltungsgesellschaft die notwendigen Maßnahmen zur Verschmelzung oder Auflösung des jeweiligen Fonds innerhalb einer Frist von dreißig Tagen oder zu einer der in Artikel 411-16 des allgemeinen Reglements der französischen Finanzmarktaufsicht (Autorité des marchés financiers) (Umwandlung des OGAW) genannten Maßnahmen, sofern das Vermögen zwischenzeitlich nicht wieder über diesen Betrag steigt.

Artikel 3 - Ausgabe und Rücknahme der Anteile

Die Anteile werden jederzeit auf Antrag der Anteilinhaber auf der Grundlage ihres Nettoinventarwerts zuzüglich der eventuellen Ausgabeaufschläge ausgegeben.

Zeichnungen und Rücknahmen erfolgen zu den Bedingungen und Modalitäten, die im Anlegerinformationsdokument und im Verkaufsprospekt des Fonds angegeben sind.

Gemäß den geltenden Vorschriften kann die Zulassung der Fondsanteile zur Notierung an einer Börse

beantragt werden.

Die Zeichnungsbeträge müssen am Tag der Berechnung des Nettoinventarwerts vollständig eingezahlt sein. Dies kann mittels Barzahlung und/oder Einbringung von Wertpapieren erfolgen. Die Verwaltungsgesellschaft ist berechtigt, angebotene Wertpapiere abzulehnen. Zu diesem Zweck steht ihr eine Frist von sieben Tagen ab dem Zeitpunkt der Hinterlegung zur Verfügung, um ihre Entscheidung mitzuteilen. Nimmt sie die Wertpapiere an, werden diese gemäß den in Artikel 4 festgelegten Vorschriften bewertet und die Zeichnung wird auf der Grundlage des ersten Nettoinventarwerts nach Annahme der betreffenden Wertpapiere durchgeführt.

Rücknahmen können gegen Barzahlung und/oder in Form von Sachwerten erfolgen. Wenn die Rücknahme in Sachwerten einem repräsentativen Anteil der Vermögenswerte im Portfolio entspricht, muss nur die vom ausscheidenden Anteilinhaber unterzeichnete schriftliche Einverständniserklärung vom Fonds oder der Verwaltungsgesellschaft eingeholt werden. Wenn die Rücknahme in Sachwerten keinem repräsentativen Anteil der Vermögenswerte im Portfolio entspricht, müssen alle Anteilinhaber ihre schriftliche Zustimmung dazu erteilen, dass der ausscheidende Anteilinhaber seine Anteile für bestimmte Vermögenswerte, die ausdrücklich in der Vereinbarung definiert sind, zurückgeben kann.

Wenn der Fonds ein ETF ist, gilt abweichend von den vorstehend aufgeführten Bestimmungen, dass Rücknahmen in Sachwerten auf dem Primärmarkt mit Zustimmung der Verwaltungsgesellschaft und unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilinhaber zu den im Prospekt oder im Verwaltungsreglement des Fonds festgelegten Bedingungen erfolgen können. Die Vermögenswerte werden dann von der ausgebenden depotverwaltenden Stelle zu den im Prospekt des Fonds festgelegten Bedingungen geliefert.

Allgemein werden die erworbenen Vermögenswerte gemäß den in Artikel 4 festgelegten Vorschriften bewertet, und die Rücknahme in Sachwerten erfolgt auf Grundlage des ersten Nettoinventarwerts nach Annahme der betreffenden Wertpapiere.

Die Rücknahmen werden durch den Emittentenkontoführer innerhalb einer Frist von höchstens fünf Tagen nach dem Zeitpunkt der Bewertung des jeweiligen Anteils abgewickelt.

Wenn die Rückzahlung unter außergewöhnlichen Umständen jedoch die vorherige Veräußerung von Vermögenswerten des Fonds erfordert, kann diese Frist verlängert werden, darf aber 30 Tage nicht übersteigen.

Außer im Falle der Erbfolge oder vorweggenommenen Erbfolge ist die Abtretung oder Übertragung von Anteilen zwischen Inhabern oder von Inhabern zugunsten eines Dritten einer Rücknahme mit anschließender Zeichnung gleichgestellt; wenn es sich um einen Dritten handelt, muss der Betrag der Abtretung oder Übertragung gegebenenfalls durch den Begünstigten aufgestockt werden, damit mindestens die Höhe der etwaigen Mindestzeichnung, die im Anlegerinformationsdokument und im Prospekt angegeben ist, erreicht wird.

In Anwendung von Artikel L. 214-8-7 des Code Monétaire et Financier können die Rücknahme von Anteilen durch den Fonds und die Ausgabe neuer Anteile von der Verwaltungsgesellschaft vorübergehend ausgesetzt werden, wenn außergewöhnliche Umstände und die Interessen der Anteilinhaber dies erforderlich machen.

Wenn das Nettovermögen des Fonds unter den durch die Vorschriften festgesetzten Betrag sinkt, darf keine Rücknahme von Anteilen erfolgen.

Es können gemäß den im Fondsprospekt dargelegten Modalitäten Mindestzeichnungsbeträge festgelegt werden.

Der Fonds kann in objektiven Situationen, die zur Schließung der Zeichnungen führen, wie z. B. das Erreichen einer Höchstzahl begebener Anteile, das Erreichen eines maximalen Vermögens oder der Ablauf einer bestimmten Zeichnungsfrist, die Ausgabe von Anteilen gemäß Artikel L. 214-8-7 Absatz 3 des französischen Währungs- und Finanzgesetzbuchs (Code Monétaire et Financier) vorläufig oder endgültig, teilweise oder vollständig einstellen. Die Durchführung dieser Maßnahme erfordert die Benachrichtigung der bestehenden Anteilinhaber über deren Umsetzung sowie über die Schwelle und die objektive Situation, die zur teilweisen oder vollständigen Schließung geführt hat. Im Falle einer teilweisen Schließung werden in dieser

Benachrichtigung genau die Bedingungen festgelegt, unter denen die bestehenden Anteilhaber für die Dauer einer solchen teilweisen Schließung weiter zeichnen können. Die Anteilhaber werden ebenfalls über die Entscheidung des Fonds oder der Verwaltungsgesellschaft informiert, ob die vollständige oder teilweise Schließung von Zeichnungen entweder beendet wird (wenn sie unter der Auslöseschwelle liegt) oder fortbesteht (im Falle einer Änderung der Schwelle oder einer Änderung der objektiven Situation, die zur Durchführung dieser Maßnahme geführt hat). Eine Änderung der vorgebrachten objektiven Situation oder der Auslöseschwelle der Maßnahme muss immer im Interesse der Anteilhaber erfolgen. In der Benachrichtigung werden die genauen Gründe für diese Änderungen angegeben.

Klauseln aufgrund des amerikanischen Dodd-Frank-Gesetzes:

Die Verwaltungsgesellschaft kann das direkte oder indirekte Halten von Anteilen des FCP durch „unzulässige Personen“ wie nachstehend definiert einschränken oder verhindern.

Eine unzulässige Person ist:

- eine „US-Person“ im Sinne der amerikanischen „Regulation S“ der Securities and Exchange Commission („SEC“); oder
- jede sonstige Person, (a) die direkt oder indirekt gegen die Rechtsvorschriften eines Landes oder einer Regierungsbehörde zu verstoßen scheint oder (b) die dem FCP nach Ansicht der Verwaltungsgesellschaft des FCP einen Schaden verursachen könnte, der ansonsten nicht entstanden wäre.

Dazu kann die Verwaltungsgesellschaft des FCP:

(i) die Emission von Anteilen verweigern, wenn es scheint, dass diese Emission dazu führen würde oder könnte, dass diese Anteile direkt oder indirekt von oder zugunsten von unzulässigen Personen gehalten werden;

(ii) jederzeit von einer im Verzeichnis der Anteilhaber eingetragenen Person oder Struktur verlangen, dass ihr sämtliche Informationen zusammen mit einer eidesstattlichen Erklärung übermittelt werden, die ihr notwendig erscheinen, um zu bestimmen, ob der effektiv Begünstigte eine unzulässige Person ist oder nicht; und

(iii) nach Ablauf einer angemessenen Frist alle von einem Inhaber gehaltenen [Anteile/Aktien] zwangsweise zurücknehmen, wenn sie der Ansicht ist, dass dieser (a) eine unzulässige Person und (b) alleine oder gemeinschaftlich der effektiv Begünstigte der Anteile ist. Während dieser Frist kann der effektiv Begünstigte [der Anteile/Aktien] dem zuständigen Organ seine Anmerkungen vorlegen.

Die zwangsweise Rücknahme erfolgt zum letzten bekannten Nettoinventarwert, gegebenenfalls abzüglich der maßgeblichen Gebühren und Provisionen, die von der unzulässigen Person zu tragen sind.

Artikel 4 - Berechnung des Nettoinventarwerts

Die Berechnung des Nettoinventarwerts erfolgt unter Beachtung der Bewertungsvorschriften, die im Prospekt angegeben sind.

Sacheinlagen können nur die Wertpapiere, Werte oder Kontrakte umfassen, die das Vermögen des OGAW ausmachen dürfen; Sacheinlagen und Rücknahmen in Sachwerten werden gemäß den für die Berechnung des Nettoinventarwerts geltenden Bewertungsvorschriften bewertet.

KAPITEL 2 - FUNKTIONSWEISE DES FONDS

Artikel 5 - Die Verwaltungsgesellschaft

Die Verwaltung des Fonds wird von der Verwaltungsgesellschaft in Übereinstimmung mit der für den Fonds festgelegten Zielsetzung durchgeführt.

Die Verwaltungsgesellschaft handelt unter allen Umständen für die Anteilhaber und ist allein berechtigt, die

mit den im Fonds enthaltenen Wertpapieren verbundenen Stimmrechte auszuüben.

Artikel 5 a - Vorschriften zur Funktionsweise

Die Instrumente und Einlagen, die in das Vermögen des Fonds aufgenommen werden dürfen, sowie die Anlagevorschriften sind im Prospekt aufgeführt.

Artikel 5 ter - Zulassung zum Handel an einem geregelten Markt und/oder in einem multilateralen Handelssystem

Die Anteile können entsprechend den geltenden Vorschriften zum Handel an einem geregelten Markt und/oder in einem multilateralen Handelssystem zugelassen werden. Falls der FCP, dessen Anteile zum Handel an einem geregelten Markt zugelassen sind, ein Anlageziel hat, das auf einem Index basiert, muss der Fonds einen Mechanismus eingerichtet haben, der sicherstellt, dass der Preis seiner Anteile nicht deutlich von seinem Nettoinventarwert abweicht.

Artikel 6 - Die Depotbank

Die Depotbank erfüllt die ihr übertragenen Aufgaben im Einklang mit geltendem Recht und den vertraglichen Abreden mit der Verwaltungsgesellschaft. Sie muß sich insbesondere von der Ordnungsmäßigkeit der Entscheidungen der Portfolioverwaltungsgesellschaft überzeugen. Sie muß gegebenenfalls jegliche Sicherungsmaßnahmen ergreifen, die sie für zweckmäßig hält. Im Falle einer Streitigkeit mit der Verwaltungsgesellschaft unterrichtet sie die Autorité des Marchés Financiers.

Artikel 7 - Der Abschlußprüfer

Ein Abschlussprüfer wird vom Führungsorgan der Verwaltungsgesellschaft nach Abstimmung mit der Autorité des Marchés Financiers für sechs Geschäftsjahre bestellt.

Er bescheinigt die ordnungsgemäße und wahrheitsgemäße Darstellung der Abschlüsse.

Sein Mandat kann verlängert werden.

Der Abschlussprüfer muss der Finanzaufsichtsbehörde unverzüglich jeglichen Umstand bzw. jegliche Entscheidung in Bezug auf den Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren melden, von dem bzw. der er im Rahmen seiner Tätigkeit Kenntnis bekommt und der bzw. die:

1. einen Verstoß gegen die für diesen Organismus geltenden Rechtsvorschriften darstellt und erhebliche Auswirkungen auf die Finanzlage, das Ergebnis oder das Vermögen haben kann;
2. die Bedingungen oder die Fortführung seines Betriebs beeinträchtigen kann;
3. zur Äußerung von Vorbehalten oder zur Verweigerung des Bestätigungsvermerks führen kann.

Die Bewertungen der Vermögenswerte und die Ermittlung des Umtauschverhältnisses bei Umwandlungen, Verschmelzungen oder Aufspaltungen erfolgen unter der Kontrolle des Abschlussprüfers.

Er bewertet jede Einlage oder Rücknahmen in Sachwerten in seiner Verantwortung, außer im Zusammenhang mit Rücknahmen in Sachwerten für einen ETF auf dem Primärmarkt.

Er prüft die Zusammensetzung des Vermögens und der sonstigen Bestandteile vor der Veröffentlichung.

Das Honorar des Abschlussprüfers wird von ihm und vom Führungsorgan der Verwaltungsgesellschaft einvernehmlich anhand eines Arbeitsprogramms festgelegt, in dem die für erforderlich gehaltenen Maßnahmen aufgeführt sind.

Er bescheinigt die Umstände, auf deren Grundlage Zwischendividenden ausgeschüttet werden.

Artikel 8 - Abschlüsse und Rechenschaftsbericht

Zum Ende jedes Geschäftsjahres erstellt die Verwaltungsgesellschaft die Abschlussdokumente und einen Bericht über die Verwaltung des Fonds während des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die Verwaltungsgesellschaft erstellt mindestens halbjährlich und unter der Aufsicht der Depotbank den Wertpapierbestand des Fonds. Alle vorstehenden Dokumente werden vom Abschlussprüfer geprüft.

Die Verwaltungsgesellschaft hält diese Dokumente den Anteilhabern nach Ablauf des Rechnungsjahres vier Monate lang zur Verfügung und sie teilt ihnen die Höhe der Erträge mit, auf die sie Anspruch haben: Diese Dokumente werden entweder auf ausdrücklichen Wunsch der Anteilhaber per Post übersandt oder bei der Verwaltungsgesellschaft bereitgehalten.

KAPITEL 3 - BESTIMMUNGEN ZUR VERWENDUNG DER AUSSCHÜTTBAREN BETRÄGE

Artikel 9

Bei den ausschüttbaren Beträgen handelt es sich um:

1. Das Nettoergebnis zuzüglich des Vortrags und zu- oder abzüglich des Saldos des Ertragsausgleichskontos;
2. Die im Laufe des Geschäftsjahrs festgestellten realisierten Wertsteigerungen ohne Kosten abzüglich der realisierten Wertminderungen ohne Kosten, zuzüglich der entsprechenden Nettogewinne aus vorhergehenden Geschäftsjahren, die noch nicht ausgeschüttet oder thesauriert wurden, und zu- oder abzüglich des Saldos des Wertsteigerungsausgleichskontos.

Die in 1. und 2. genannten Beträge können unabhängig voneinander ganz oder teilweise ausgeschüttet werden.

Die Auszahlung der ausschüttbaren Beträge erfolgt innerhalb einer Frist von höchstens 5 Monaten ab dem Ende des Geschäftsjahrs.

Das Nettoergebnis des Fonds ist gleich dem Betrag der Zinsen, fälligen Zahlungen, Aufgelder und Gewinne aus Losanleihen, Dividenden, Sitzungsgelder und jeglicher sonstigen Erträge aus Wertpapieren im Anlagenbestand des Fonds zuzüglich des Ertrags der zeitweilig verfügbaren Gelder abzüglich der Verwaltungsaufwendungen und der Kosten für Kreditaufnahmen.

Die Verwaltungsgesellschaft entscheidet über die Verwendung der ausschüttbaren Beträge.

Der Fonds kann für jede Anteilsklasse gegebenenfalls für jeden der in 1. und 2. genannten Beträge eines der beiden folgenden Regimes wählen:

Reine Thesaurierung: die ausschüttungsfähigen Beträge werden mit Ausnahme von gesetzlich vorgeschriebenen Zwangsausüttungen vollständig thesauriert;

Reine Ausschüttung: die ausschüttbaren Beträge werden gerundet vollständig ausgeschüttet;

Für Fonds, die die Möglichkeit behalten wollen, zu thesaurieren und/oder auszuschütten und/oder ausschüttbare Beträge vorzutragen, entscheidet die Verwaltungsgesellschaft jedes Jahr über die Verwendung jeden der unter 1. und 2. genannten Beträge.

Die Verwaltungsgesellschaft kann im Laufe des Geschäftsjahrs gegebenenfalls innerhalb der Grenzen der Nettoerträge der unter 1. und 2. genannten zum Datum des Beschlusses verbuchten Beträge die Ausschüttung einer oder mehrerer Zwischendividenden beschließen.

Die genauen Modalitäten der Ertragsverwendung sind im Prospekt dargelegt.

KAPITEL 4 - VERSCHMELZUNG - SPALTUNG - AUFLÖSUNG - LIQUIDATION

Artikel 10 - Verschmelzung - Spaltung

Die Verwaltungsgesellschaft kann das Vermögen des Fonds ganz oder teilweise in einen anderen von ihr verwalteten OGAW einbringen oder den Fonds in zwei oder mehr Fonds aufspalten, für die sie die Verwaltung übernimmt.

Diese Verschmelzungen oder Aufspaltungen dürfen erst einen Monat nach entsprechender Unterrichtung der Inhaber vorgenommen werden. Sie führen zur Ausstellung einer neuen Bescheinigung über die von jedem Inhaber gehaltene Anzahl Anteile.

Artikel 11 - Auflösung - Verlängerung

Wenn das Vermögen des Fonds 30 Tage lang unter der vorstehend im Artikel 2 festgelegten Höhe liegt, unterrichtet die Verwaltungsgesellschaft die Autorité des Marchés Financiers und nimmt, sofern keine Verschmelzung mit einem anderen Anlagefonds stattfindet, die Auflösung des Fonds vor.

Die Verwaltungsgesellschaft kann den Fonds auch schon vorher auflösen; sie teilt den Anteilhabern ihre Entscheidung mit sowie den Zeitpunkt, ab dem keine Zeichnungs- oder Rücknahmeanträge mehr angenommen

werden.

Die Verwaltungsgesellschaft löst den Fonds ebenfalls auf, wenn für sämtliche Anteile Rücknahmeanträge gestellt wurden, die Depotbank ihre Tätigkeit eingestellt hat und keine andere Depotbank bestellt wurde, oder wenn die Laufzeit des Fonds abgelaufen ist und diese nicht verlängert worden ist.

Die Verwaltungsgesellschaft teilt der Autorité des Marchés Financiers brieflich das Datum und das für die Auflösung beschlossene Verfahren mit. Danach übersendet sie der Autorité des Marchés Financiers den Bericht des Abschlussprüfers.

Die Verlängerung des Fonds kann von der Verwaltungsgesellschaft im Einvernehmen mit der Depotbank beschlossen werden. Der Beschluss muss mindestens drei Monate vor Ablauf der für den Fonds vorgesehenen Laufzeit gefasst und den Anteilhabern sowie der Autorité des Marchés Financiers mitgeteilt werden.

Artikel 12 – Liquidation

Im Falle einer Auflösung übernimmt die Verwaltungsgesellschaft oder die Verwahrstelle die Funktionen des Liquidators. Falls dies nicht möglich ist, wird der Liquidator gerichtlich auf Antrag eines jeden Interessenten bestellt. Der Verwaltungsgesellschaft oder ggf. der Depotbank werden zu diesem Zweck die weitestgehenden Befugnisse zur Realisierung des Vermögens, Befriedigung etwaiger Gläubiger und Verteilung des verfügbaren Saldos an die Anteilhaber in bar oder in Wertpapieren erteilt.

Der Abschlussprüfer und die Depotbank üben ihre Funktionen bis zum Ende der Liquidation weiter aus.

KAPITEL 5 – STREITIGKEITEN

Artikel 13 - Zuständigkeit - Wahl des Gerichtsstands

Jegliche Rechtsstreitigkeiten bezüglich des Fonds, die sich eventuell während seiner Laufzeit oder bei seiner Liquidation entweder unter den Anteilhabern oder zwischen diesen und der Verwaltungsgesellschaft oder der Depotbank ergeben, unterliegen der Rechtsprechung der zuständigen Gerichte.

Aktualisierungsdatum des Verwaltungsreglements: 22. November 2019

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN FÜR ANLEGER IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Recht zum Vertrieb in Deutschland

Amundi Asset Management hat die Absicht angezeigt, in Deutschland Investmentanteile zu vertreiben und ist seit dem Abschluss des Anzeigeverfahrens zum Vertrieb berechtigt.

Informationsstelle in Deutschland

Marcard, Stein & Co AG
Ballindamm 36
20095 Hamburg

hat in Deutschland die Funktion einer Informationsstelle übernommen („Informationsstelle“).

Der Verkaufsprospekt (bestehend aus dem Prospekt und dem Verwaltungsreglement), die wesentlichen Anlegerinformationen sowie die geprüften Jahresberichte und ungeprüften Halbjahresberichte sind kostenlos in Papierform bei der Informationsstelle erhältlich.

Weiterhin sind bei der Informationsstelle die Ausgabe- und Rücknahmepreise kostenlos erhältlich.

Rücknahme von Anteilen, Zahlungen an Anleger

Die Rücknahme von Anteilen sowie Zahlungen an Anteilhaber in Deutschland (Rücknahmeerlöse, etwaige Ausschüttungen und sonstige Zahlungen) erfolgen über die depotführenden Stellen der Anleger. Gedruckte Einzelkunden werden nicht ausgegeben.

Veröffentlichungen

Die Ausgabe- und Rücknahmepreise der Investmentanteile und etwaige Mitteilungen an die Anteilhaber werden in auf der Webseite amundiETF.com veröffentlicht.

In den in § 298 Abs. 2 KAGB aufgeführten Fällen werden die Anteilhaber zusätzlich mittels eines dauerhaften Datenträgers im Sinne von § 167 KAGB informiert.